

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2.— Mk., vierteljährlich 5.— Mk., halbjährlich 10.— Mk., jährlich 18.— Mk. — Redaktion: Am Spandhaus 4. — Telefon 750.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellung: Die Abbestellung sollte 14 Tage vor Ablauf des Monats bei der Redaktion eintreffen. — Die Abbestellung ist nur für die nächsten 3 Monate möglich. — Die Abbestellung ist nur für die nächsten 3 Monate möglich. — Die Abbestellung ist nur für die nächsten 3 Monate möglich.

Nr. 142

Dienstag, den 21. Juni 1921

12. Jahrgang

## Die letzte Etappe auf dem Leidenswege Oberschlesiens. Beschleunigung der Entscheidung über Oberschlesien.

England erkennt den deutschen Rechtsstandpunkt an.

Paris, 20. Juni. Wie der „Matin“ mitteilt, haben Ministerpräsident Briand und Lord Curzon den Beschluß gefaßt, die drei alliierten Kommissare in Oberschlesien mit Nachdruck aufzufordern, nun endlich ihre Berichte über die Grenzfestlegung zu verfassen. Sie sollen sich einigen, und man habe ihnen sehr ernst mit der Entsendung von Sachverständigen gedroht, die an ihre Stelle treten sollen. Nach Bertinax im „Echo de Paris“ habe Lord Curzon erklärt, was auch der „Welt Parkien“ bestätigt, daß nach Ansicht seiner Regierung das Industriegebiet Oberschlesiens unteilbar sei, und daß angesichts der von Deutschland erzielten Mehrheit seine Zuerkennung an das Deutsche Reich nicht verhindert werden könne. An Stelle von General De Rond habe Lord Curzon eine hohe Persönlichkeit, die außerhalb des Heeres steht, vorgeschlagen. Die im März und April verhängten Zwangsmassnahmen am Rhein will Curzon aufheben, während Briand diese Frage dem Obersten Rat vorbehält. Zum Juli soll ein gemeinsames Vorgehen der alliierten Regierungen bei den Regierungen in Berlin und Warschau zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit im Abstimmungsgebiet beschlossen worden sein.

So begrüßenswert diese energische englische Willensstärkung ist, so wird man doch ihrer Verwirklichung einstweilen nach den bisher gemachten Erfahrungen nach einer starken Skepsis gegenübersehen müssen. Die nachfolgenden Meldungen stehen ohnehin noch in einem gewissen Widerspruch zu der oben mitgeteilten, wenn auch immerhin eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß England die Durchführung seiner Entscheidung zu gewährleisten beabsichtigt.

Paris, 21. Juni. Der diplomatische Berichterstatter der „Agence Havas“ will wissen, daß die Zugeständnisse der englischen Regierung in bezug auf die Teilung des Industriebeckens sich darauf beschränken würden, Polen wohl das Eigentumsrecht darauf zuzusprechen, dagegen die Ausübung des Bezirks Deutschland zu überlassen. (Eine solche Regelung wäre wohl die denkbar ungünstigste und müßte den Reim zu dauernden Konflikten legen. D. Red.) In der wahrscheinlich im Juli stattfindenden Sitzung des Obersten Rates wird außer der Durchberatung der oberschlesischen Frage auch die Aufhebung der im März in London über Deutschland verhängten Zwangsmassnahmen angeschnitten werden.

London, 20. Juni. Die „Times“ meldet aus Oppeln: In Oberschlesien sehnt sich jedermann danach, daß normale Verhältnisse zurückkehren. Korfanty ist darüber sehr erfreut. Die Alliierten sind so gut wie gezwungen, die Herrschaft der Polen über das Industriegebiet anzuerkennen. Korfanty erwartet, der „Times“ zufolge, daß der größte Teil des augenblicklich von den Insurgenten besetzten Gebiets polnisch werden wird. Der Berichterstatter der „Times“ schreibt dazu: Dieses große Vertrauen und diese große Befriedigung ist fast humoristisch. Herr Korfanty sagt mit Zuversicht, daß er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die vor 14 Tagen den Aufstand zu einem verhängnisvollen Ende zu bringen drohten, überwunden hat, und daß die Deutschen daran zweifeln, daß die Alliierten jemals Schritte tun werden, um den Aufstand zu unterdrücken.

London, 20. Juni. „Manchester Guardian“ meldet aus Oppeln: Wenn die Franzosen ihre Politik der Begünstigung der polnischen Insurgenten fortsetzen, um den Aufstand zu verlängern, dann könne es zu einem ernstlichen Bruch innerhalb der interalliierten Kommission kommen. Die Geduld der britischen Mitglieder sei zu Ende. Es sei nötig, daß England wieder einen größeren Einfluß in der Kommission gewinne, oder aber eine unabhängige Aktion ergreife.

Sosnowice, 21. Juni. (Nat.) Western traf an der polnisch-oberschlesischen Grenze eine Koalitions-Kommission ein, die von der interalliierten Kommission in Oppeln ausgesandt war. Sie hat die Aufgabe zu kontrollieren, ob die enge Schließung der oberschlesischen Grenze von Seiten Polens genau befolgt wird.

Berlin, 21. Juni. Blättermeldungen aus Oppeln zufolge hat General Hofer gestern dem englischen General Henniker den von dem 12-er-Ausschuß der deutschen Parteien gearbeiteten neuen Räumungsplan überreicht. In Besprechungen mit dem Vorsitzenden des 12-er-Ausschusses, Uhlira, erklärte das italienische Mitglied der interalliierten Kommission, daß die deutschen Vorschläge im ganzen als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen angesehen werden können.

London, 20. Juni. Reuter meldet aus Paris: Bei den Beratungen zwischen Lord Curzon und Briand über Oberschlesien sei klar zum Ausdruck gebracht worden, daß der Oberste Rat auf jeden Fall die endgültige Entscheidung treffen wird.

Wien, 20. Juni. (Nat.) Die Blätter melden, daß Lloyd George sich in Kürze nach Paris zu den Beratungen über die Ostfragen und Oberschlesien begeben wird.

Berlin, 21. Juni. Nach der gestrigen Sitzung des Reichstags, die sich mit Oberschlesien befaßte, fand eine Besprechung zwischen dem Reichstagspräsidenten und den Parteiführern ebenfalls hinsichtlich Oberschlesiens statt. Die Beratung der Interpellationen über Oberschlesien dürfte erst am Mittwoch erfolgen. Für die Regierung werde laut „Vollz.“ noch ausschließlich der Reichsminister des Innern, Dr. Köster, sprechen.

Wie die Blätter aus Oppeln melden, beauftragt sich nach amtlichen Feststellungen der zuständigen Handelskammern die bis jetzt durch den Insurgentenaufstand hervorgerufenen Schäden an mindestens 8 Milliarden Mark und erreichen besonders im Industriegebiet täglich eine Höhe von 20 bis 30 Millionen.

### Lloyd Georges Befriedigung über die Ergebnisse der deutschen Entwaffnung.

London, 20. Juni. (Reuter.) In seiner Rede bei der britischen Reichskonferenz erklärte Lloyd George: Die Entwaffnung Deutschlands kann als gelöstes Döbchen bezeichnet werden. Die deutsche Flotte ist verschwunden und die deutsche Armee, die eine gewaltige Macht darstellte und nach Millionen zählte, besteht nicht mehr. Sie ist jetzt wenig mehr als 100 000 Mann stark. Sie hatte Behntausende von Geschützen, große und kleine, und hat jetzt wenige 100. Sie hatte eine außerordentliche Zahl von Maschinengewehren und Granatwerfern, auch diese sind dahin, sie hatte Millionen von Gewehren, sie wurden abgeliefert, ferner ungefähr 80 Millionen Schuß Artilleriemunition, auch diese sind ihr genommen. Freilich bestehen noch einige Arten von irregulären Formationen, die wir noch nicht völlig erfasst haben. Es ist nicht so sehr Preußen, das zur Beunruhigung Anlass gibt, als Bayern. Diese Schwierigkeit wird aber, wie ich annehme, in sehr kurzer Zeit überwunden sein, so daß das Problem der Entwaffnung, ein sehr vitales, weil, solange Deutschland eine große Armee und starke Bewaffnung hatte, keine Garantie für den Frieden bestand, verschwinden wird. Diejenigen von uns, welche wissen, wie sehr Sieg und Niederlage auf des Meisters Schneide stand, können ohne Zögern erklären, daß ohne die zwei Millionen Mann, die von außerhalb des vereinigten Königreiches kamen, das Preuxentum wahrscheinlich im Westen und Osten triumpht hätte, bevor die amerikanischen Truppen an der Front eintrafen. In diesem Falle würde Lord Curzon, der zurzeit mit Briand die Ausführung des siegreichen Vertrages erörtert, jetzt darüber beraten müssen, wie die demütigenden, von den triumphierenden Kriegsherren Deutschlands auferlegten Bedingungen anzuführen seien. Die Herrschaft ungezügelter Gewalt würde am Ruder sein, und die folgende Generation würde ihr Leben damit verbringen müssen, diese verhängnisvolle Last auf allen Gebieten der menschlichen Tätigkeit zu erdulden. Die zwanglose Einheit des britischen Reiches hat Frankreich, England und die Zivilisation vor jener Katastrophe gerettet.

### Die fällige Demonstration der Berliner Erwerbslosen.

Berlin, 20. Juni. Heute vormittag versammelten sich in den verschiedenen Stadtteilen Berlins zahlreiche Erwerbslose und zogen unter Borantragung roter Fahnen und mit Gesang nach dem Gewerkschaftshaus. Von den 6000 Demonstranten drangen etwa 3000 in die Räume des Gebäudes ein, wobei es auch zu Taktstößen zwischen ihnen und den Gewerkschaftlern kam. Erst einer größeren Abteilung der Schutzpolizei gelang es, die Ruhestörer aus dem Innern des Hauses zu entfernen und die Zugänge abzusperren. Während einige Truppen nach dem Stadlinnen abzogen, verharrte der größte Teil der Arbeitslosen noch bis gegen 5 1/2 Uhr nachmittags vor dem Gewerkschaftshaus. Bei Säuberung der abgegrenzten Straßen von den Ruhestörern wurden insgesamt neun Personen festgenommen, die bei polizeilichen Anordnungen nicht Folge geleistet hatten. Das Rathaus war durch eine verstärkte Patrouille gesichert worden.

Berlin, 20. Juni. Der Reichstag genehmigte eine Anzahl Nachtragsetats für 1921. Im Etat des Arbeitsministeriums wurden für die Erwerbslosenfürsorge weitere 200 Millionen Mark eingestellt, so daß die Gesamtausgaben im Etatsjahr 1921 für diese Zwecke sich auf 1200 Millionen belaufen.

## Entartungen des Parlamentarismus.

Die nachfolgenden Ausführungen, die wir von Korrespondenz-Artikeln des Genossen Schaeffer entnommen, gewinnen auch für die Arbeiter des Danziger Volkstages eine besondere Bedeutung.

Red. d. „Danz. Volksst.“

Der Tag, an dem zum erstenmal im deutschen Reichstag die Höhe der Gegenstände in einem vorläufigen Kaufhandel erprobierte, verdient wohl, als der unerfreulichsten einer in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus verzeichnet zu werden.

Es ist indes zuzugeben, daß der Angegriffene eigentlich der Hauptschuldige dieser widerwärtigen Szene gewesen ist. Dr. Mittelmann, Mitglied der Deutschen Volkspartei, gehört seit jeher als Redner und Zwischenrufer zu den aufrichtigsten und besten Proletariatsparlamentariern der äußersten Rechten. Am Freitag, bei der Beratung der unabhängigen Interpellation über die Ermordung des Abgeordneten Garsis, hat er aber alles bisherige Maß überschritten, indem er ein Stüt in der Rede des unabhängigen Abgeordneten Unterleiner, Kommunisten sind keine Deutsche, die werden kalt erledigt, mit dem Zwischenruf beglückwünschte, das sei so ganz recht. Es ist ihm zwar möglich, daß Mittelmann die objektive Nichtwichtigkeit seines Ausrufes gar nicht so recht zu Bewußtsein gekommen ist, daß sich die Zustimmung, die er äußerte, nur auf den ersten Teil des Satzes, nicht aber auch auf den zweiten beziehen sollte. (Wir möchten das bezweifeln. D. Red.) Ein Abgeordneter aber, der sich in Zwischenrufen hergibt, hat auch die Pflicht, sich zu überlegen, was er ruft. Nach den Worten, die werden kalt erledigt, wirkte der zustimmende Ruf dieses nationalistischen Proletariats auf alle anständig empfindenden Leute im ganzen Hause wie ein Peitschenhieb. Und es war wahrhaftig ein Wunder, daß man auf der linken Bank diesen Ausruf als ein Verständnis der wahren Gesinnung auffaßte, die bei einem Teile der äußersten Rechten vorhanden ist.

Es ist aber keineswegs erforderlich, daß sich zu rohen und unüberlegten Worten auch noch Taten gesellen, die des Parlaments unwürdig sind. Wir erinnern uns eines ähnlichen Zwischenfalls, der seinerzeit großes Aufsehen erregte, aber in parlamentarischen Formen ausgegossen wurde. Bebel hielt eine seiner großen Reden und kam bei einer allgemeinen Schilderung der in der Arbeiterklasse herrschenden Verhältnisse, die in hoffnungslosem Elend verfaul, die Schilderung des Redners wirtte auf das ganze Haus erschütternd. Wörtlich aber hörte man aus dem Hintergrund die grölende Stimme eines hochkorrespondierenden Grafen: „Der Vater wird wohl alles verlossen haben!“

Ein Sturm der Entrüstung schwoh auf den Bänken der Linken auf. Aber niemand vergiff sich an dem rohen Gesellen, der von Bebel gebührend abgeföhrt wurde und mit dem sich dann die Presse noch abgeben beschäftigte. Der Herr Graf wurde schließlich ganz klein. Er erkundigte sich nach den näheren Umständen, so daß er unrettbar gelan hatte und hat der von ihm beabsichtigten Proletariatspartei eine Unterstützung an, von der wir nicht wissen, ob sie angenommen wurde.

Solange es im Reichstag nur eine einzige Sozialdemokratie unter Bebel's Führung als äußerste Linke gab, war es geradezu undenkbar, daß undisciplinierte Elemente auf die auch damals nicht seltenen freien Herausforderungen der Rechten mit Taktlosigkeiten reagierten. Bebel hielt bei aller Leidenschaftlichkeit seines Temperaments streng auf gute parlamentarische Sitten und äußerte oft seine Verachtung über Zustände, wie sie in den Parlamenten von Wien, Paris und Rom existierten. Die gute Ueberlieferung des Reichstags, bei aller Schärfe des Wortgebrauchs schließlich immer noch nur die Waffe des Geistes entscheiden zu lassen, blieb bis zu dem Tage, der uns den Zwischenfall Mittelmann-Kemmel brachte, erhalten.

Die rechts stehende Presse hat nun eine Gelegenheit mehr, über den Niedergang des Parlamentarismus ihre Klagen zu machen. Und in der Tat wird niemand, der eine starke und geachtete Volksvertretung für das notwendige Rückgrat unseres politischen Lebens hält, wünschen können, daß die Entartung im deutschen Reichstag in der Richtung dieses Falles weitergehe. Aber ein einzelner Zwischenfall dieser Art gibt noch nicht das Recht, von einem Falle des Parlamentarismus zu reden. Die französische Kammer war schon oft der Schausplatz noch viel wilderer Szenen, aber dann doch wieder der Turnierplatz großer geklügelter Kämpfe, die mit den Waffen einer überlegenen Beredbarkeit ausgetragen wurden. Es wäre schlimm um den deutschen Reichstag bestellt, wenn er aus lauter Mittelmännern und Kemmeln bestände, aber glücklicherweise ist das ja nicht der Fall.

Dieser kleinen Vorgänge zwischen einem nationalistischen Proletariatsparlamentariern und einem kommunistischen Kaufmann folgte am Sonnabend ein neuer Skandal, da die Kommunisten durch

fortgesetztes Durchsicherungsgebrüll jedes Verhandeln unmöglich machten und einer von ihnen, nach dreimaligem Ordnungsruf vom Präsidenten aus der Sitzung ausgeschlossen, sich weigerte, den Saal zu verlassen. Wieder gab es eine aufgehobene Sitzung und Verlust kostbarer Zeit.

Der Reichstag hat zu arbeiten. Die öffentliche Meinung soll ihm dabei helfen. Probleme, die für die Zukunft des Volkes von größter Bedeutung sind, sollen im Reichstag zur Lösung gelangen, nachdem sie dort und in der breiteren Öffentlichkeit ausführlich erörtert worden sind. Man denke z. B. an die unersetzliche verhängnisvolle Bedeutung der Beschlüsse, die der Reichstag am letzten Donnerstag über den Abbau der Zwangsbeziehung der Pr. Extraverges und das Unterverfahren gefaßt hat. Man kann gar nicht mehr dazu, sich recht um diese Beschlüsse zu kümmern; warum? Weil der Kemmels-Mittelmann-Skandal die Aufmerksamkeit auf sich zog. Ein Mißverständnis geht von einander, das die Bedeutung nicht vor der Entscheidung, man hat aber wenig Zeit, sich darum zu kümmern, weil sich das Interesse auf den Kemmels-Skandal konzentriert. Im Hintergrund stehen die gewaltigen Finanz- und Wirtschaftsfragen, die im Zusammenhang mit den übernommenen Erfüllungspflichten zu lösen sind. Der Reichstag hat das Recht, zu verlangen, daß er von solchen ungeheuer wichtigen Aufgaben nicht durch einen Skandal abgelenkt wird. Selbst das sachliche Interesse an der unmittelbar zur Beratung stehenden Frage politisch von bedeutender Art, an den Vorgehens in Dapern und der Stellung des Reichs zu ihnen, wird durch diese die Stänkerer erschlagen. Statt einer konzentrierten, geistig hochstehenden Debatte darüber, die in einem Tage zu erledigen gewesen wäre, haben wir verfahren, zweimal stundenlang unterbrochene Verhandlungslagen bekommen, ohne daß nur auch alle Parteien hätten zu Worte kommen können. In dieser Woche sind noch drei Interpellationen zu erledigen, d. h. Debatten zu führen, die sich ihrer Natur nach zu einem sachlichen Beschluß — es wäre denn ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung — kaum verdrängen können. Soll es bei diesen Debatten ebenso zugehen? Dann hätten die Steuerzahler ein Recht, zu fragen, wofür sie eigentlich die Kosten für die Erhaltung einer Volksvertretung zu zahlen haben!

Die Reformbedürftigkeit der Geschäftsordnung des Reichstags ist schon lange allgemein anerkannt worden. Leider aber ist die Geschäftsordnungskommission mit ihren Arbeiten noch nicht recht vorwärts gekommen, und wenn der Fall Kemmels Anlaß gäbe, das Tempo zu beschleunigen, so könnte man das nur begründen. Der Reichstag muß Mittel finden, um sich selber ein sachliches Arbeiten zu ermöglichen. Dazu gehört nicht nur eine Erweiterung der Disziplinargewalt des Präsidenten, sondern auch ein Reglement, das die Erledigung bestimmter Materien in bestimmten Zeiträumen möglich macht.

Größe Widerständigkeit gegen die selbstgegebene Ordnung des Hauses würde zunächst durch Disziplinierung in angemessener Höhe zu ahnden sein. Selbst wenn man annimmt, daß den „Märtyrern“ dieser neuen Strafbestimmung ihre Bußen aus irgendeiner Klasse erlassen werden würden, bliebe die bremsende Wirkung solcher Strafbestimmungen bestehen, denn jeder Parteiführer wird schwächer werden, wenn er für bildungslose Volkskrieger oder unanständiges Benehmen von Parteimitgliedern immer wieder zu zahlen hat. Für die Reichskasse wäre aber der zeitweilige Disziplinierung, sei es auch eine kleine, doch eine angenehme Entlastung. Wer die Arbeiten der Reichsregierung systematisch führt, hat sie, wie es seine Pflicht ist, zu fördern, der kann nicht verlangen, aus der Reichskasse für diese Art von Mißverwaltung noch besonders entschädigt zu werden.

Sollte diesen Mittel nicht ausreichen, so dürfte man auch vor strengeren Strafen, die natürlich nach allen Seiten unparteiisch anzuwenden sind, nicht zurückzucken.

Die Beratungszeit der einzelnen Gegenstände muß einmalig einmündigen Arbeitsverteilungsplan entsprechend festgesetzt und die Redezeit für die einzelnen Fraktionen kontingentiert werden. Auch hier müßte dafür gesorgt werden, daß Verschiebe gegen diese Ordnung der Reichskasse zugute kommen.

Natürlich kann und darf nicht die Rede davon sein, daß eine Minderheit in ihren Rechten beschränkt wird. Die Beschränkungen, die sich das Haus selber auferlegt, müssen vollkommen gleichmäßig für alle Parteien gelten. Nur soll keine von ihnen das Privilegium besitzen, die sachliche Arbeit der Reichsregierung zu stören, ohne daß der Reichstag ein Mittel besitzt, sich gegen solche Störungen zu wehren.

Wir vergessen keineswegs, daß unter dem Kaiserreich auch Sozialdemokraten in schwerem Kampf mit den Geschäftsordnungen des Reichstags und der Landtage geraten sind. Im parlamentarischen Kampf von 1902 bestritt die Sozialdemokratie dem liberalen, nach einer ungerechten Wahlkreisordnung zusammengesetzten Reichstag das Recht, einen neuen parlamentarischen Wahlkreis zu beschließen, und forderte Neuwahlen auf Grund einer gerechten Wahlkreisordnung. In den folgenden Wahlrechtskämpfen handelt es sich um den Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht, in beiden Fällen also ging es um die Demokratie. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu Parlamenten, die wirkliche Volksvertretungen sind, eine von Grund auf veränderte sein muß. Solche wirkliche Volksvertretungen arbeitsfähig zu erhalten, ist für die Sozialdemokratie eine entscheidend wichtige Aufgabe, und indem sie sich zu ihrer Lösung zur Verfügung stellt, handelt sie vollständig im Sinne ihres Programms. Sie kann nicht dulden, daß durch die Säuberung und die dumme Eitelkeit undigzipulierter Elemente die Rechte der Demokratie vernichtet werden, und die sachliche Arbeit verhindert wird, zu der die Volksvertretung dem Volke gegenüber verpflichtet ist.

## Die ersten Leistungen der deutschen weiblich. Abgeordneten in der Politik

Von Anna Blos.

Sie gegen ihren Willen erhielten die meisten deutschen Frauen am 3. November 1918 das Wahlrecht. Als Partei hatte nur die Sozialdemokratie die Forderung des Frauenwahlrechts in ihrem Programm. Die rechts orientierten Frauenverbände hatten sich entschieden dagegen ausgesprochen. Der Verein „Frauenstimmrecht“, in dem die bürgerlichen Frauen um ihre politische Freiheit kämpften, zählte verhältnismäßig wenig Mitglieder. Trotzdem war am ersten Wahltag die Beteiligung der Frauen aller Kreise sehr groß. Heute ist das Interesse dafür wieder abgeklaut. Die Frauen

hatten mehr von ihrer Beteiligung an der Politik erwartet. Sie vergessen, daß die Frauen zu einer Zeit in das Parlament traten, als Deutschland unter dem Druck des Wasserstoffbombs, der eine Fortsetzung des Krieges mit allen Waffen war, litt. Daß es nachher unter dem Druck der schwereren Fortrückungen des Weltkrieges die Frauen in den Kampf zog, und daß gerade dadurch alle Kräfte, an dem die Frauen doch mitarbeiten wollten, fast gänzlich war.

Die Zeit der weiblichen Abgeordneten im ersten deutschen Parlament war kurz. Die Partei 41 unter 423 Abgeordneten. Diese stellten sich aber hauptsächlich als Vertreterinnen der Fraueninteressen, sondern sie fügten sich der Fraktion ein, in die ihre Wähler sie geschickt hatten. Nur wo die Interessen der weiblichen Menschen ihnen gegenüber erschienen, betonten sie ihre Frauennatur.

Zweifellos hat es überall sympathisch gewirkt, daß die erste Rednerin im deutschen Parlament, unsere Genossin Juchacz, die Stellung der Frau als Abgeordnete folgendermaßen schilderte: „volle Gleichberechtigung, Mitarbeit an allen Arbeiten des öffentlichen Lebens, Ausübung aller in ihr liegenden Rechte“, aber daneben „andererseits Pflichten“. Sie betonte, daß die Frauen auch als Abgeordnete ihre Frauennatur nicht verlassen wollten. Das waren die ersten Worte, die je in einem deutschen Parlament von einer Frau gesprochen worden sind, und die sie sprach, war die Vertreterin der bürgerlichen Partei. Die weiblichen Abgeordneten und männlichen Mitglieder im wirklichen Volkstum, der alle Männer zu gleichwertiger, wenn auch nicht gleichwertiger Arbeit herangezogen, daher auch allen Gliedern dieses Volkes volle Gleichberechtigung gewährt.

Bei der Schaffung der Verfassung waren neben Genossin Juchacz besonders die Genossinnen Pfaff, Eysa u. a. tätig. Hier soll nun kurz die Parlamentsarbeit unserer Genossinnen behandelt werden. Bei dem Hauptteil der Verfassung Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ beantragte Pfaff die Streichung des Wortes „grundsätzlich“ in dem Paragraphen „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten“. Leider ging ihr Antrag nicht durch, ebenso nicht der von Genossin Juchacz zum gleichen Paragraphen: „Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte mit dem Zusatz: Die Bestimmungen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts sind entsprechend zu gestalten“. Die demokratischen Frauen stimmten im Gegensatz zu ihrer Fraktion für den Antrag Juchacz. Die übrigen Frauen stimmten dagegen oder fehlten.

Bei dem Antrag Bleh, alle Ausnahmegeetze gegen die Prostituierten aufzuheben, protektierte Gen. Blos gegen den Antrag, indem verschiedene männliche Abgeordnete diese wichtige Frage behandelten, und wählte eine gesetzliche Regelung der Prostitutionsfrage, aber keine besonderen Verfassungsparagraphen.

Bei der Forderung der Abschaffung der Todesstrafe sprach Genossin Pfaff sehr warm dafür, daß nicht Vergeltung, sondern Erziehung vom modernen Rechtsstandpunkt aus das wesentliche sein müsse. Als ihr vorgeworfen wurde, sie könne keine große kriminalistische Erfahrung gemacht haben, wies sie darauf hin, daß sie als Frau seit 20 Jahren mit wachsendem schmerzlichen Erkennen gesehen, wie wenig die Gesellschaft getan habe, prophylaktisch (vorbeugend) einzuwirken, den Menschen vor der Schuld zu bewahren, und daß dieselbe Gesellschaft, die den Menschen in die Schuld hineingeführt hat, sich dann anmaßt, über das Leben dieses Schuldigen zu urteilen. Bei der namentlichen Abstimmung fehlten manche Frauen der nicht sozialistischen Parteien. Die übrigen stimmten alle gegen die Abschaffung der Todesstrafe, nur Frau Dransfeld vom Zentrum stimmte dafür und damit gegen ihre Partei. Diese Stellungnahme der bürgerlichen Frauen ist bezeichnend.

Gen. Röhl begründete den Antrag der sozialdemokratischen Partei zu der Frage der Ehe und Mutterschaft. Sie wollte, daß auf diesem Gebiete die Sprache der Menschlichkeit erdente, und daß das Unrecht gegenüber den unehelichen unehelichen Kindern aus der Welt geschafft wird, damit aber auch das Unrecht gegen den weiblichen Menschen. Unser Antrag ging nicht durch, dagegen der der Demokraten, welcher nur die Ehe unter den Schutz der Verfassung stellt, dagegen der Mutterschaft Schutz und Fürsorge des Staates sicher. Wichtig ist zweifellos auch, daß die Forderung in die Verfassung gekommen ist: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“

Zu Artikel 122 „Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinde haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen. Fürsorgemaßregeln im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden“, sprach Gen. Röhl. Sie wünschte, im zweiten Absatz das Wort „dürfen“ an Stelle des „können“ zu setzen, ferner die Hinzufügung des Satzes: „Die Leistung der Fürsorgeanstalten und der Erziehungsarbeit in diesen Anstalten ist nur erzieherisch gebildeten Personen zu übertragen.“ Sie wies auf die vielen Fälle hin, in denen gänzlich ungeeignete Personen Erzieher in Fürsorgeanstalten waren und oft das Gegenteil des angestrebten Erziehungsziels erreichten. Sie forderte ferner, daß wegen politischer und religiöser Abzweigung und Betätigung der Erziehungsberechtigten oder der Jugendlichen eine Fürsorgemaßregel nicht angeordnet werden darf. Ihre Forderungen gingen nicht durch, auch nicht die, daß alle privaten und konfessionellen Jugendfürsorgeanstalten verschwinden müssen.

Gen. Pfaff begründete den Antrag, daß alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte verschwinden müssen. Sie sprach vor allem von den Lehrkräften, denen sie das Recht der Verbeiratung geben wollte. Die Frauen fast aller Parteien sprachen für den Antrag, außer Frau Schmitz vom Zentrum. Der Antrag ging durch, und seine Nichtbeachtung in verschiedenen Fällen gab neuerdings im Reichstag Anlaß zu Debatten.

Zum Abschnitt „Bildung und Schule“ war Gen. Pfaff Mitberichterin. Sie begrüßte den Gedanken der Einheitschule, weil sie es die Bildungsdemokratie bringt. Es wäre gefährlich, politische und soziale Demokratie, ohne den Grundpfeiler dazu, die Bildungsdemokratie zu geben. Gen. Blos wies bei diesem Abschnitt darauf hin, daß das mit dem Zentrum eingegangene Schulkompromiß, richtig — ritzend und richtig ausgeführt, höchste Toleranz im besten Sinne des Wortes“ bedeutet, und zwar darin, daß dem Lehrer und Erziehungsberechtigten Freiheit gegeben ist.

Bei der dritten Lesung der Verfassung wandte sich Gen. Bohm-Schuch gegen die Unterscheidung von ehelicher und unehelicher Mutterschaft. Man dürfe keinen Unterschied herstellen bei diesem höchsten und heiligsten, was überhaupt eine Frau erleben könne.

Sehr schön und warm sprach auch Gen. Schuch in der denkwürdigen Sitzung in der Aula der Universität Berlin gegen die Unterzeichnung des Versailleser Friedensvertrages. Sie wies auf das namenlose Gen. Blos hin, das dieser Vertrag für uns bedeutet. Schließlich war aber ausstufend für die Unterzeichnung nicht die Verantwortlichkeit, sondern die des Verfassers. (Ob der Verstand damals richtig geurteilt hat, ist eine Streitfrage, aber die auch heute noch keine Unmöglichkeit in der Sozialdemokratie herrscht, D. Red.)

Zu dem Gegenstand über die Reichswahlhilfe nahm Gen. Schroder das Wort und gab eine Reihe wertvoller Anregungen, so, daß die Wahlhilfe auf mindestens 10 Wpchen ausgedehnt ist, daß ein Betrag von 50 Mk. zu den Entscheidungskosten festzusetzen ist und ein Betrag zu den Neben- und Wegkosten im Falle von Mutterchaftsbeschwerden usw.

Einzellicher Frauenhilfe, d. h. gemeinsamer Protest der weiblichen Abgeordneten, erhob sich, als man im Betriebsrätegesetz Schutz vor Kündigung „wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht“ von Seiten verschiedener männlicher Abgeordneten streitig machen wollte. Hier leiteten die Frauen ihren Willen z. T. gegen die Männer durch. Der Satz ist in das Gesetz aufgenommen. Dagegen konnten die Frauen nur eine Erklärung dazu abgeben, daß die Minderbewertung der beamteten Frau in dem Beamtenbefolgungsgesetz durch gesetzliche Neuordnung beseitigt werden müsse.

Gen. Reiche wünscht, daß die Rente der Kriegsgeldbesitzigen nicht systematisch festgesetzt würde, sondern die jeweiligen Verhältnisse sollen ausschlaggebend sein für die Höhe der Renten. Das gleiche Systemwünschte sie für die Hinterbliebenenversorgung. In beiden Fällen mußte die Grundrente wesentlich erhöht und durch eine Zulagerente erhöht werden.

Gen. Hoffmann forderte als Berichterstatterin des Ausschusses für Volkswirtschaft vom Reichswirtschaftsministerium, Bett- und sonstige Wünsche aus freiverwerbenden Heeresbeständen minderbemittelten Soldatinnen zu erschwierigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Ferner erlucht Gen. Reiche die Regierung, gegen den Holzwucher gesetzliche Maßnahmen zu schaffen oder andere Maßregeln zu ergreifen.

Wichtig war die Anfrage der Genossin Pfaff und Schroder über die vermehrte Säuglingssterblichkeit. Sie verlangten zur Beseitigung der Rot bei unguerdlicher Milchlieferung die Vereinfachung von Abnahmeverfahren.

Genossin Grünberg verlangte für die Hausangestellten die gesetzliche Regelung des Hausangestelltenrechtes.

Die Genossinnen Ruhe und Höfs verlangten eine weiblichere Erfassung der Kriegsgewinne. Leider wurden ihre Anträge nicht angenommen.

Bei der Frage der Jugendpflege wünschte Genossin Pfaff, daß bei dem neuen Jugendwohlfahrtsgezet schon bei der Ausarbeitung die besten und einflussreichsten Fachleute zugezogen werden, auch Frauen, die die sozialen Bedürfnisse der proletarischen Familie nicht nur aus der Theorie kennen.

Gen. Schroder besprach die Kohlennot und ihre Folgen. Während soziale Einrichtungen, Krankenhäuser usw. schließen müssen, stehen die Almos und Bergnährungsstätten in voller Blüte.

Zur Ernährungsdebatte sprach Gen. Lohahl. Sie widersprach der Behauptung, daß neben dem frühzeitig eingetretenen Frost der Arbeitermangel schuld sei, daß noch Kartoffeln im Boden wären. Es brauche kein Arbeitermangel zu bestehen, wenn die Landwirte nicht die städtischen Arbeiter ablehnen würden.

Gen. Pfaff begrüßte warm die Einführung der Grundschule, hätte ihren Aufbau aber aber vier Jahre hinaus gewünscht. Sie glaubte, eine Erweiterung auf sechs Jahre würde sicher eine Mehrheit im deutschen Volke finden. Sie selbst würde für acht Jahre eintreten.

Am vorletzten Tage der Nationalversammlung begründete Gen. Röhl noch sehr warm die Interpellation aller Frauen, mit Ausnahme der U. S. D., gegen die schwarze Schmach.

Aus der kurzen Übersicht, der Broschüre von Regina Deutsch „Die politische Tat der Frau“ entnommen, zeigt sich, was unsere Genossinnen als soziale Befehlgeberinnen geleistet und erstrebt haben. In der Broschüre „Frauenstimmen“ im Vormwärts-Verlag erschienen, behandelt jede noch eingehend ein sie besonders beschäftigendes Gebiet.

Die Hauptarbeit wurde natürlich in den Ausschüssen geleistet. Viel Hoffnung, viel Freude an der Mitarbeit wurde unsern Frauen vernichtet, durch den Druck, unter dem Deutschland schmachtet. Das darf ihnen den Mut nicht nehmen, weiter mit zu arbeiten am Wiederaufbau. Nie dürfen sie vergessen, daß neue Rechte neue Pflichten bringen.

## Die oberhessischen Gewerkschaften an die Interalliierte Kommission.

Oppeln, 18. Juni. Die freien Gewerkschaften, christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erheben bei der interalliierten Kommission auf schärfste Protest gegen öffentliche Ansprachen und Abstimmungen auf den Arbeitsplätzen und bei Lohnzahlungen, sowie gegen den Abzug von Geldern zur Unterstützung des Aufstandes, und fordern die Kommission auf, eine mündliche Aussprache mit den Gewerkschaftsvertretern und Vertretern der Großindustrie herbeizuführen zwecks Besprechung von Maßnahmen zur Wiederherstellung ordnungsmäßiger Zustände im Aufstandsgebiet.

## Kleine Nachrichten.

Drohende Streitfälle in den Nordseebädern. Die Hotelbesitzer der Nordseebäder haben beschlossen, das Trinkgeld grundsätzlich wieder einzuführen und Tarifvorträge nicht mehr abzuschließen. Damit soll die Entlohnung der gastwirtschaftlichen Angestellten auf die Padegaste und das reisende Publikum abgewälzt werden, wodurch die ersten nur mit ganz unsicheren Existenzmöglichkeiten rechnen müssen. Durch diese Maßnahmen vor Unternehmen ist, wie vorausgesehen war, in den Reihen der Angestellten eine große Erregung verursacht worden. Wenn die Hotelbesitzer der Nordseebäder nicht noch in letzter Stunde zur Einsicht kommen, besteht die Gefahr eines Streiks der Angestellten auf den Nordseebädern.

Deutsche Lokomotivlieferungen an Polen. Aus Schneidemühl wird berichtet, daß die Ablieferung der laut Vertrag abzuliefernden deutschen Lokomotiven im vollen Gange ist. Seit längerer Zeit befindet sich auf dem Bahnhof in Schneidemühl eine polnische Abordnung, bestehend aus drei Polen, welche gemeinschaftlich mit dem Ubergabekommissariat die Ubergabe regelt. Fast jeden Tag sind schon Maschinen über die Grenze gegangen. Dieser Tage werden wiederum sieben Maschinen den polnischen Bahnhof, um in Katowice der polnischen Eisenbahnverwaltung übergeben zu werden.

## Danziger Nachrichten.

### Zur Öffentlichkeit der Steuerlisten

erhalten wir aus Arbeiterkreisen folgende Zuschrift:

Der Beschluß des Steuerausschusses, die Steuerlisten öffentlich anzulegen, hat schon jetzt vielen begründeten Unbehagen verursacht. Diese vielen, die der Ausführung des Beschlusses mit Bedauern entgegensehen, weil sie recht unliebsame Enthüllungen befürchten, sind nicht in den Kreisen der werktätigen Bevölkerung, bei den Arbeitern, den Angestellten und den Beamten zu suchen, denn diese haben nichts zu verbergen; sie sind vielmehr bei denen zu finden, deren Steuererklärung unantastbar richtig sein sollte, bei den Landwirten, selbständigen Kaufleuten und Gewerbetreibenden. Die Vereinskommunikations- und Veranlagungskommissionen bestehen auch heute noch zum größten Teil aus ihnen; die manchmal besonders auf dem Lande unbegreiflich erscheinenden Einschätzungen sind hierdurch also eine plausible Erklärung. Das soll nun anders werden, die weitesten Kreise der Bevölkerung sollen erfahren, ob die Abgabe, die an den Staat gezahlt wird, mit dem Einkommen und der ganzen Lebenshaltung des Betreffenden in Einklang gebracht werden kann. Dieses kann, wie gesagt, für viele recht peinlich werden, sie fürchten, den Betrag an der Allgemeinheit — denn etwas anderes ist die Steuerhinterziehung nicht — nicht weiter betreiben zu können und sitzen natürlich alles auf, um den Beschluß des Steuerausschusses nicht Wirklichkeit werden zu lassen.

Die erste Hilfe gewähren ihnen schon die „Danziger Neuesten Nachrichten“ in ihrer Sonnabendnummer. Heuchlerisch warnen sie vor den schweren Schädigungen des Wirtschaftslebens, die nach ihrer Meinung eintreten würden. Im Anfang des Artikels befürchten sie, daß viele schwindelhafteste Unternehmen zu hoch deklarieren würden, um ihren Kredit zu heben (dieser Fall wäre für die Steuerbehörde sicher sehr angenehm, dürfte aber wohl nur selten eintreten), wenige Zeilen später wird behauptet, die Steuererträge würden zurückgehen, da sich einer nach dem andern rücken würde. Dieser Widerspruch ist in der Redaktion der „D. N.“ wahrscheinlich in der Angst vor den kommenden Ereignissen unbemerkt geblieben. Etwa ähnliche Gründe gegen die Offenlegung der Steuerlisten werden überhaupt nicht angeführt. Und wenn befürchtet wird, daß die allgemeinen Grundzüge von Treu und Glauben vergiftet werden, so meinen wir, daß diese bei sehr vielen Angehörigen der bestehenden Klassen schon lange nicht mehr in Geltung sind. Gerade wir Arbeiter spüren es wohl täglich, wieviel wir darauf zu geben haben. Die Vorschläge, lässige Steuerzahler zur Pflicht zurückzuführen, nämlich durch tüchtige Vereinskommunikationskommissionen usw., sind recht naiv, denn jeder, der in einer solchen Kommission gearbeitet hat, weiß, daß hierdurch keine gründliche Besserung zu erhoffen ist. Bekanntlich ist die Arbeit der Vereinskommunikationskommission bis jetzt auf die kleinen Steuerzahler beschränkt, und diese sowohl wie auch die Veranlagungskommission muß sich größtenteils auf die behördlichen Feststellungen — und auf die Selbstanschätzungen verlassen. Wir Arbeiter aber wollen nicht auch noch weiterhin die allein richtige zur Steuer Eingeschätzten bleiben, sondern fordern mit aller Entschiedenheit, daß gleiches Recht und auch gleiche Pflicht für alle herrsche.

Die Kriegsschädigten ausgebeutet werden. Wir erhalten folgende Zuschrift: Bei den Abbrucharbeiten am Hagelsberg, die dem Baugeschäft Heinrich Schwingen zur Ausführung übertragen worden sind, arbeiten u. a. auch zwei Kriegsschädigte. Sie werden beim Steinabspülen beschäftigt und verrichten diese Arbeit ohne Bezahlung. Ihre Entlohnung steht jedoch in einem schrecklichen Mißverhältnis dazu. Der bis jetzt bestehende Tariflohn für Bauarbeiter beträgt für Maurer 5,80 Mark, für Bauhilfsarbeiter 5,35 Mark. Die Kriegsschädigten fallen jedoch nicht unter den Tariflohn, sondern die Entlohnung erfolgt nach freiem Ermessen und erhält jeder einen Stundenlohn von 3 Mark. Wegen dieser geringen Bezahlung haben die beiden Kriegsschädigten gleich bei der ersten Lohnzahlung am 3. Juni Einspruch erhoben. Es wurde ihnen dann auch versprochen, die Angelegenheit zu prüfen. Bis heute ist jedoch nichts geschehen. Beide Kriegsschädigten haben jeder ein Bein im Kriege eingekippt. Die Arbeit wird jedoch im Stillen ausgeführt, so daß dem Geschäft ein Schaden wegen nicht genügender Leistung nicht entsteht. Die Renten betragen mit Verstockungszulage

für den einen der 80 Prozent arbeitsfähig ist pro Monat 207 Mark, für den andern mit 50 Prozent 109 Mark pro Monat. Nach man den Stunden zu 25 Arbeitstagen, im Sommer ohne Unterbrechung zu 8 Stunden, so ergibt sich ein monatliches Einkommen für den ersten 200 Stunden zu 8 Mark = 800 Mark und 207 Renten = 207 Mark und für den zweiten 400 Mark und 109 Mark = 709 Mark. Ein jugendlicher Arbeiter erhält 8,75 Mark die Stunde und verdient bei gleicher Arbeit 740 Mark. Die Ausbeutung, der durch ihre Verletzungen doch sehr hart mitgenommenen Kriegsschädigten ist so schamlos, daß die Arbeit bergende Behörde unbedingt dagegen einschreiten müßte.

Zur Abänderung der Rot der Rentner hat der Wirtschaftsausschuß beschlossen, der Hofrat wolle den Senat ersuchen: 1. Die Wohnortspflicht möglichst nach einheitlichen Gesichtspunkten in der Weise auszubauen, daß a) Nichtrentner für das Staatsgebiet aufgestellt und b) Mindestleistungen (Eink- und Barleistungen) festgesetzt werden. 2. Die Rot der Rentner zu lindern: a) Durch Gewährung von Darlehen usw. gütlich, bzw. Erleichterung des Rentenlaufs, b) durch Schaffung von Rentnerheimen. 3. Unter Wahrung der Rechte der freien Stadt Danzig, eine Gleichstellung der Kriegsbeschädigten, der Ruhestandsbeamten und deren Hinterbliebenen mit denen im Reich mit tunlichster Beschleunigung herbeizuführen.

**Hafennachrichten.** Eingang am 18. engl. D. „Marokko“ von Bombay (Fleischkonserven), Seeflepper „Blumfeld“ mit Seefischer „Kobold“ von Hamburg, Danziger Dampfer „Suljanne“ von Hamburg (Weizen). Als Nothafen eingelaufen deutscher D. „Mar“ nach Göttingen bestimmt, schwedischer Motorsegler „Elisabeth“ von Stettin (Zement). Als Nothafen angekommen deutscher D. „Elbing II“ von Königsberg nach Gotska bestimmt, am 19. deutscher D. „Heller“ von Rotterdam (Leer), deutscher Segler „Delphin II“ (als Nothafen eingelaufen) nach Memel und Elbau bestimmt (Holz), deutsches Motorschiff „Erna-David“ von Pillau (Leer), amerikan. D. „Balata“ von Golland (Getreide, Mehl), deutscher D. „Archmann“ von Stettin (Leer), schwedischer D. „Argot“ von London (Büter), am 20. amerikan. D. „Jaclon“ von Philadelphia (Büter), deutscher D. „Paul“ von Hamburg (Büter). Ausgang am 18. Danziger D. „Edith“ nach Riga (Weizen, Bäter), schwedischer D. „Sirus“ nach Finnland (Leer), engl. D. „Wabador“ nach London (Passagiere, Bäter), deutscher D. „Rudolf“ nach Riga (Büter), engl. D. „Baltica“ nach Elbau (Passagiere, Bäter), am 19. Danziger D. „Ebro“ nach Kopenhagen (Büter), dänischer D. „Borgia“ nach Kopenhagen (Passagiere, Bäter), am 20. deutscher D. „Elbing II“ nach Gotska.

Die Arbeitslosigkeit im Kreise Danziger Höhe. Im Kreise Danziger Höhe einschließlich der Vorortgemeinden Ohra, Oliva und Gamaus betrug am Schlusse des Monats April 1921 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 830, der Zuschlagsempfänger 1306. An Erwerbslosenunterstützungen wurden im Monat April insgesamt 228 812,90 Mark gezahlt. Am Schlusse des Monats Mai 1921 betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 818, der Zuschlagsempfänger 1401. An Erwerbslosenunterstützung wurden im Monat Mai insgesamt 234 427 Mark gezahlt.

### Aus den Gerichtssälen.

Ein gewerbsmäßiger Einbrecher. Vor der Strafkammer hatte sich der Korrespondent Walter Hopp wegen einer Reihe von Einbrüchen und dessen Mutter wegen Hehlerei zu verantworten. Hopp ist bereits achtmal vorbestraft, darunter auch mit Zuchthaus. Er verübte Einbruchsdiebstähle in Danzfuhr und Joppat. Dabei wählte er den hellen Tag. In einem Falle hatte der Dieb eine Alarmanne angebracht und dadurch meldete sich der Angeklagte an. Es war Abend und als man auf den Boden ging, da kam der Angeklagte harmlos entgegen und fragte, ob hier nicht eine Wohnung zu vermieten sei. Er wurde dann unten an der Tür in Empfang genommen und man fand, daß er zum Mieten einer Wohnung eine Leine, Hausschlüssel und ein Stemmmeißel mitgenommen hatte. Bei einer Seuchung in seiner Wohnung fand man einen Treibschlüssel, der in Joppat bei einem Diebstahl verwendet war. Dadurch kam dieser Diebstahl heraus. Der Angeklagte war ein 36-

jähriger, Wertachen, Mäntel, Kleider, Gerate nahm er mit. Sogar ein Fremdenbild schnitt er aus dem Rahmen und saß es. Ferner nahm er Orden und Legate mit an. In einem Kisten-Kasten 4. Klasse. Die gestohlenen Sachen hatten hohe Werte. In einem Falle 200 000 Mark, in einem anderen 75 000 Mark, 5000 Mark usw. Mit den Sachen fuhr er nach Berlin und verkaufte sie hier. Die Sache betriebe er so geschäftsmäßig, daß er behauptete, er habe ein Verkaufs- und Verkaufsgeschäft mit alten Sachen betrieben. Von Unbekannten will er die Gegenstände gekauft haben. Einen Teil der Sachen schenkte er der Mutter, die sich dadurch der Hehlerei schuldig machte. Das Gericht hielt den Angeklagten nicht mehr für besserungsfähig, und verurteilte ihn zu 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht, wegen Diebstahls in 9 Fällen. Die Mutter wurde wegen Hehlerei zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

**Schließlicher Einlauf von Fremden.** Ein Schlosserlehrling schraubte in den Häusern elektrische Glühbirnen ab und verkaufte sie. Zwei angesehene Kaufleute waren so unvorsichtig, von diesem Lehrling Glühbirnen zu erwerben. Der junge Mensch machte einen guten Eindruck und so glaubten sie, daß er zum Verkauf berechtigt sei. Sie wurden vom Schöffengericht zu 10 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt und die Berufungsstrafkammer bestätigte das Urteil. Das mag, wenn zur Warnung dienen. Man sollte in dieser Zeit nur von Betrütern oder in Geschäften Einläufe machen.

## Aus dem deutschen Osten.

Blutige Zusammenstöße zwischen Arbeitern und „Schupo“ in Lissa. Am Freitag abend veranstalteten die drei sozialistischen Parteien und das Gewerkschaftsamt eine Demonstration vor dem Rathaus auf dem Anger, in der Redner sämtlicher 3 Parteien sprachen und gegen die bayerische Nordpolizei Protest einlegten. Nach etwa 1 1/2 stündigem Verweilen auf dem Platz bildete sich ein Demonstrationzug, der der hohen Straße zustrebte. Die Schupo stellte sich dem Zuge in der Nähe der Post entgegen. Ein Polizeibeamter gab Feuer, wodurch zwei Leute verwundet wurden: einer erhielt einen Bauchschuß, ein anderer wurde am Bein verletzt. Nun marschierten die Leute die hohe Straße herunter bis zum Theaterplatz, wo ein kommunistischer Redner das Schlußwort hielt. Nach Auflösung des Zuges, war allmählich durchgedrungen, daß in der hohen Straße zwei Leute verwundet worden waren, und es hieß, daß sich diese Leute auf der Wache der Schupo im neuen Gerichtsgebäude befänden. Sofort strömte ein Teil der Menge auf das Gebäude zu und wollte gewaltsam die Treppe hinaufstürmen. Die Schupo stellte sich entgegen. Die Leute hörten jedoch nicht auf Warnungen, sondern wurden handgreiflich. Darauf stießen von seiten der Schupo zwei Handgranaten. Mehrere Leute wurden verwundet.

Für 50 000 Mark Pferde gestohlen. Dem Rittergutbesitzer von Rühnheim auf Malbalken sind in der Nacht aus dem Stalle des Vorwerks Wittehen ein sechsjähriger Fuchswallach mit Blasse, ein dreijähriger brauner Wallach und ein dreijähriger brauner Wallach mit Blasse gestohlen worden. Außerdem entwendeten die Diebe zwei Arbeitsgeschirre mit weißer Gurte und einen Klapperwagen mit Heu. Das Gestohlene hat einen Wert von 50 000 Mark. Im Verdacht der Täterschaft stehen vier Männer, von denen drei Fahrträder bei sich hatten, die am Abend vor dem Diebstahl noch dem Wege nach Malbalken gefragt haben.

## Polen.

Die Vermögensabgabe der auswandernben Deutschen. Die aus unterrichteten Kreisen berichtet wird, sollen die Bestimmungen, nach denen die deutschen Auswanderer aus Polen eine Vermögensabgabe bis zu 50 Prozent leisten mußten, jetzt aufgehoben worden sein. Auf besonderen Antrag sollen sogar die früher erhobenen diesbezüglichen Abgaben wieder vom polnischen Staat zurück-erstattet werden.

Strafen für Nichtzahlung von Steuern. Das Warschauer Schatzministerium gibt den Sejm-Beschluß vom 7. Juni d. J. bekannt, nach dem außergewöhnliche Strafen für Personen festgesetzt werden.

er war auf eine italienische sozialistische Zeitung abonniert. Der Postbeamte mußte, was dies für eine Zeitung war, und pflegte Jerry zu hänseln. Bemerkenswert war: Jerry erklärte, daß auch Frau Minetti eine Sozialistin war; Jerry erklärte, daß sie sehr wichtig für ihn, da sich die Frau dadurch dem Einfluß der Geistlichkeit entziele.

Gal überredete sofort und opferte einen Teil seiner monatlichen Wohnungsmiete, die von der Gesellschaft Reminiski gutgeschrieben wurde. Doch war Gal gerne bereit, für die Vorzüge einer anderen Wohnung und eines guten Essens zu zahlen. Zu seiner Belustigung sah er, daß er in den Augen seiner trübsinnigen Freunde sein Wohnen bei den Minetti an Rasse verlor. Scheinbar waren die sozialen Grenzen im Nord-Lal sehr streng. Die Amerikaner, Engländer und Schotten verachteten die Polen und Walfier, diese verachteten wiederum die Italiener und Spanier; Italiener und Spanier sahen auf Polen und Russen herab, die ihrerseits Griechen, Bulgaren und die „Monteneger“ verachteten, und so ging dies durch alle Nationen, Völkern, Sclaven, Armenier, Rumänier, Rumelner, Ruthenen — bis zu den Mexikanern, Negern, und den allerletzten, allerberachtetsten, den Japanern.

Diese oben erwähnte Tatsache erwiderte Gal, als er die Kaffeetasse besuchte. Nach Burke besand sich eben dort und als sie ihn erblickte, bligten ihre grauen Augen mutwillig auf. „Wie geht, Herr Minetti?“ — rief sie.

„Wie geht es Ihnen, Fräulein Rosetti?“ — gab er die Feder zurück.

„Lieben Sie Spaghetti?“

„Sie nicht?“

„Ich sagte es Ihnen bereits“ — lachte das Mädchen. — „Mir genügen die guten, alten Kartoffeln.“

„Und wissen Sie auch noch“ — fragte Gal — „was ich Ihnen damals antwortete?“

„Ja, Sie wußte es noch; Ihre Wangen nahmen die Farben der Rosenblätter an, die er als ihre würdige Nahrung bezeichnet hatte.“

## „König Kohle.“

Roman von Ipton Sinclair.

(Fortsetzung.)

„Lieben Sie zum Essen, es gibt Spaghetti.“  
 „Ja“ — sagte Gal. — „Gut, lassen Sie mich bleiben und für mein Essen zahlen.“  
 „Nein, zum Teufel!“ — rief der große Jerry. — „Sie werden nicht zahlen!“  
 „Nein, nein, nicht zahlen!“ — rief nun auch Frau Jerry und schälteste energisch den hübschen Kopf.  
 „Gut“ — sagte Gal rasch, da er sie zu verlegen fürchtete. „Ich will gerne bleiben, wenn ich Ihnen nichts wegesse und Sie belümmeln genug haben.“  
 „Freilich, ganz genug“ — meinte Jerry. — „Nicht wahr, Rosa.“  
 „Dann bleibe ich. Ist Du gern Spaghetti, kleiner Kröpf?“ wandte sich Gal an das Kind.  
 „O, Jesus, ja!“ — rief der kleine Jerry.  
 Gal sah sich im Dago-Heim um; es paßte gut zu seiner hübschen Bewahnerin. Spizendorfs hingen vor den Fenstern, die sogar noch blanker gerupft waren, als bei den Raffertys; ein schier unglücklich bunter Teppich bedeckte den Fußboden, von den Wänden blühten, farbenprächtig, der Vesuv und Garibaldi herab. Auch gab es ein Kabinett mit vielen interessanten Dingen; ein Stuhl, Korb und eine große Mütze, eine indische Pfeife und ein ausgeputzter Hänfling. Vor noch nicht gar so langer Zeit hätte Gal diese Gegenstände für die Phantasie als nicht besonders anregend erachtet; doch war dies einst gewesen, damals, da er noch nicht fünf Schötel seiner wachen Stunden in den Eingeweiden der Erde verbrachte.  
 Er aß mit ihnen zu Abend, ein echtes Dago-Abendbrot; die Spaghetti erwies sich als echte Dago-Spaghetti, dampfend, mit Tomatenauce überzogen und einem starken Gehmaß von Fleischbrühe. Während der ganzen Essens leckte sich Gal die Lippen und grinst zum kleinen Jerry hinüber, der sich ebenfalls die Lippen leckte und grinste. Alles war so verschieden von der Phantasie

am Reminiskischen Schweinefett, da es Gal deutete, daß habe er noch nie im Leben ein so gutes Abendessen verzehrt. Und was Herrn und Frau Jerry anbelangte, so waren sie bereit stolz auf ihr wunderbares Rudelchen, das wie ein echter Amerikaner im schönsten Englisch fluchen konnte, daß sie sich überhaupt im siebenten Himmel befanden.

Als das Mahl zu Ende war, lehnte sich Gal zurück und seufzte, genau wie bei den Raffertys: „Mein Gott, wie gerne möchte ich hier wohnen!“

Er sah, wie Jerry seine Frau anblickte: „Gut, kommen Sie her, wir werden Sie belästigen. Nicht wahr, Rosa?“

„Freilich“ — sagte Rosa.

Gal blinnte die beiden erstaunt an: „Glauben Sie wirklich, daß man es Ihnen gestatten wird?“

„Gestatten? Wer soll mich hindern?“

„Ich weiß nicht, Reminiski vielleicht. Sie könnten Unannehmlichkeiten haben.“

Jerry lachte: „Ich fürchte mich nicht; habe hier Freunde. Carmine ist mein Vetter. Kennen Sie Carmine?“

„Nein“ — sagte Gal.

„Der Schacht-Ausscher in Nummer Eins. Er hält mir die Stange. Reminiski kann zum Teufel gehen! Können Sie zu uns, ich gebe Ihnen dort im Zimmer ein Bett und ordentliches Essen. Was zahlen Sie bei Reminiski?“

„Siebenundzwanzig im Monat.“

„Nicht, zahlen Sie mir siebenundzwanzig und Sie sollen es gut haben. Man bekommt hier ja nichts Ordentliches zu essen, aber Rosa ist eine gute Köchin und versteht sich darauf.“

Gal neuer Freund — der Künstler des Schacht-Ausscher — war ein „Anzländer“; er mußte nichts in der Grube umhergehen und das Pulver, das die Bergleute den Tag über gelegt, anzuhören. Dies war eine gefährliche Arbeit, die große Geschicklichkeit erforderte; daher wurde sie auch gut bezahlt. Jerry kam in der Welt vorwärts und schenkte sich nicht, bis zu einem gewissen Grad seine Meinung zu äußern. Er ließ die Möglichkeit, Gal könne ein Gesellschaftspilze sein, außer Acht und versetzte ihn in Reden mit seinen rebellischen Reden über die „Nord-Lal und anderen Orten ausgeübten Erpressungen. Gal erfuhr, daß Jerry ein Sozialist sei;

Auf der Ostsee im Sturm gekentert. Auf der Ostsee bei Stora Karlsö ist ein Fischerkahn mit Holz beladen, an- getroffen worden. Das Rahmendeck des Schiffes war zum Teil weggerissen, doch konnte der Name „Alma“ festgestellt werden. Mehrere Verwundete, das Boot in einem Hafen einzufischen, blieben erfolglos. Ueber das Schicksal der Besatzung ist bis jetzt nichts bekannt. Vor einigen Tagen ist der Bergungsdampfer „Polhem“ von Döbby abgegangen, um das gekenterte Schiff zu bergen. Man nimmt an, daß die Besatzung um- gekommen ist. Das Schiff liegt unweit Tröfjels Kirka.

Bier Raubmörder zum Tode verurteilt. Das Bochumer Schwur- gericht verurteilte nach vierstägiger Verhandlung den geflüchten Ue- ber und Leiter des am 24. August 1920 auf der Landstraße nach Hochberg ausgeführten Erdenhewider Raubüberfalls, bei dem zwei Hochbeamten und der Aufsicht des beraubten Bohnengeld- wagens getötet worden waren, den Kesselfeinder Wilhelm Müller aus Bochum wegen Raubmordes und versuchten Mordes zum Tode und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Damit sind die vier Beteiligten an diesem Mordanschlag zum Tode verurteilt worden. Ein weiterer bei den Vorbereitungen beteiligter, der Kaufmann Genfrier, erhielt zehn Jahre Zuchthaus.

Explosion auf einem Landdampfer. Der englische Landdampfer „Lunar“ löschte in Bremen eine Ladung Leer und Kohlenzinn. Auf unaufgeklärte Weise entzündeten sich die im Tank an- gefüllten Benzingase. Es erfolgte eine schwere, von einem Brande begleitete Explosion, bei der das Deck und der Bord des Schiffes schwer be- schädigt wurden. Bei dem Unglück wurden zwei Leute der Be- satzung (Chinesen) in die Luft geschleudert. Einer von ihnen wurde getötet.

Verhafteter Betrüger. In Kolum wurde der Gründer der so- genannten „Amerikanischen Erblungs-Gesellschaft“, Heinrich Kunter, verhaftet. Zu dieser Gesellschaft gehören mehr als 100 Mitglieder, die Summen von 1800 Mark bis mehr als einer Million ein- zahlten. K. hat nun die Vertrauenswürdigkeit seiner Klienten beratt- ausgebeutet, daß er z. B. für eine Reise nach Berlin 118 000 Mark ausgab. Die Untersuchung förderte Unterschlagungen in Höhe von über einer Million Mark zutage. Am Tage seiner Verhaftung meldete sich K. nach Brasilien ab, aber anstatt übers große Wasser wanderte der Betrüger ins Gefängnis.

Abstieg eines Kesslers im Zirkus. In der Vorstellung des Zir- kus Wille in Demmin stürzte einer der beiden im Propeller arbei- tenden Kessler, als er sich mit den Zehen im Trapez halten wollte, in die Manege ab. Er mußte sofort ins Krankenhaus geschafft werden. Anschließend erlitt er schwere Verletzungen am Rücken und am linken Arm. Verbandsmäßig war das vorgeschriebene Schutz- netz nicht aufgespannt.

Versuch um die Welt. Ein Amerikaner namens Martinet ist auf einem Spaziergang, den er um die ganze Welt unternimmt, durch Paris gekommen und nach kurzem Aufenthalt von dort nach Nizza weitermarschiert. Er wandert barfuß und barhaupt, nur in ein schickendes und ein paar baumwollene Hosen gefeilt, sowie einen armellosen wollenen Sweater. Als er auf dem Baulebard erschien, erregte er durch seine merkwürdige Erscheinung das größte Auf- sehen, und das Publikum drängte sich um ihn, um die Worte eines kleinen Schildes zu lesen, das er um den Hals trug. Dieses Schild- chen, gleichsam seine Visitenkarte, enthielt nur die Worte „Globe Trotter“. Martinet ist zunächst von Seattle nach New York gegangen und hat dabei eine Entfernung von 3400 englischen Meilen zurück- gelegt mit einer Durchschnittsleistung von vier Meilen in der Stunde. Er fuhr dann mit dem Schiff nach Antwerpen, ging über Brüssel nach Paris und will nun ganz Europa durchwandern. „Wie lange es dauern wird, bis ich meinen Spaziergang beendet habe, weiß ich nicht“, sagte er, „und ich habe gar keinen Grund mich zu freuen, denn die Sache macht mir außerordentlichen Spaß. Ich fröhliche niemals und achme zu Mittag nur einen Liter Milch zu mir. Abends esse ich dann alles, was ich frische. Mein Bett trage ich in meinem Rucksack auf meinem Rücken, und wenn ich schlafen will, so finde ich mein Bett überall, wo ich mich gerade befinde.“

Der kälteste Junitag seit 70 Jahren. Der letzte Sonn- tag war in Berlin mit einer mittleren Tagestemperatur von rund 10 Grad Celsius der kälteste 19. Juni seit mehr als 70 Jahren. Der kälteste 19. Juni seit 1848 fiel mit einer mittleren Tagestemperatur von 12,6 Grad in das Jahr 1886. Normal sind für dieses Datum in Berlin 17,5 Grad Celsius.

Ablauf deutscher Handelsschiffe! Aus London wird gemeldet: Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß mehrere deutsche Schiffe, die Großbritannien durch die Reparationskommission zurücker- halten waren, durch Vermittlung eines deutschen Unterhändlers evtl. an Deutschland zurückverkauft werden und eine deutsche Besatzung er- halten sollen. Man glaubt zu wissen, daß es sich um einen Ver- kaufspreis von etwa 300 000 Pfund Sterling handeln werde.

Bücherverbote.

Ultimatum! Von Otto Weis. (Verlag Buchhandlung Vor- wärts, Berlin S. W. 68, Preis 1 Mark.) Diese schon ersichtliche Schrift behandelt ausführlich und tiefdenkend die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Annahme und Erfüllung des Ultimatum und zur Regierungsfrage, wie sie der Parteivorstand Otto Weis in seiner bedeutenden Reichstagsrede vom 2. Juni d. J. dargelegt hat. Sie bringt auch eine gründliche Abrechnung mit den Parteien der Rechten, insbesondere der Deutschen Volkspartei und nicht nur unferen Parteimitgliedern zur Aufführung und Verbreitung, son- dern jedem, der den innen- und außenpolitischen Dingen nicht gleichgültig gegenübersteht, zur Lektüre wärmstens zu empfehlen.

Stinnes und seine 600 000 Arbeiter von Kurt Selig. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S. W. 68, Preis 2,50 Mark. Wer ist Stinnes? Wo stammt er her? Und wie gelangte er zu der Macht, die er heute besitzt? Wie war es möglich, daß bei den hohen Steuern ein Mann sich zum Multimillionär emporarbeiten konnte? Diese Fragen müssen jeden denkenden Menschen bewegen, wenn ihm aus den Zeitungen und auch im öffentlichen Leben immer und immer wieder das Wort: Stinnes entgegenkommt. Es ist daher ein glück- licher Gedanke des Volkswirtschaftlers Kurt Selig gewesen, den Werdegang des „Königs Stinnes“ in anschaulichen, scharfsinnigen Bildern und vor Augen zu führen und somit alle jene Fragen zu lösen, Stinnes stellt uns entgegen als der Mann, der durch sein Geld sich die halbe Welt untertan macht und nicht nur den Steuer- zehner, die Diplomaten, die Großindustriellen herrscht, sondern es auch versteht, die öffentliche Meinung sich gefügig zu machen und sie als Handlanger zu betreiben. Von besonderer Bedeutung ist auch die Schilderung des Aufstiegs dieses Mannes und die Entwicklung seiner Karriere, die uns von den großen Umwälzungen der französi- schen Revolution, die der Rhein damals erlebte, zu erzählen weiß. Kurt Selig hat sich streng an das Geschichtliche gehalten und mit anerkannter Objektivität und Kürze die wirtschaftliche Struktur jener Zeit umschrieben.

Die mit der Entrichtung ihrer Steuern im Verzugs sind. Von Beträgen, die am Tage des Inkassierens des Gesells. fällig ge- worden sind und denen, die in Zukunft fällig werden, sollen nach Ablauf einer zehnjährigen Frist 5 Prozent für jeden Monat im ersten Vierteljahr und 4 Prozent für jeden folgenden Monat als Strafe erhoben werden. Für schriftliche Mahnungen werden be- sondere Sätze von 20 bis 200 Mark erhoben. Bei einer Pfändung werden 5 Prozent für die Pfändungsträger erhoben, mindestens aber 100 Mark.

18. ordentlicher Genossenschaftstag.

Die Tagung begann am 18. Juni im Rathaus Baden-Soden. Sie war von 200 Delegierten aus allen Teilen des Reiches und zahl- reichen Gästen darunter viele aus dem Auslande, besucht. Reichs- staats- und ländliche Behörden waren vertreten, so daß Reichs- wirtschaftsministerium, das Ministerium für Handel und Gewerbe, das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, vorläufiger Reichswirtschaftsrat, Ferner waren Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Verbände der Bäcker, Trans- portarbeiter, Angestellte und Fabrikarbeiter anwesend.

Nach zahlreichen Begrüßungsansprachen eröffnete am zweiten Verhandlungstage Heinrich Kaufmann-Hamburg den Be- richt der Reichsregierung über die Entwicklung der Genossenschaft- lichen Wirtschaft. Er nahm Bezug auf den gedruckt veröffentlichten Jahresbericht, den wir bereits besprochen haben. Kaufmann stellte einige grundsätzliche Fragen in den Vordergrund seiner Ausführungen. Die Grundtendenz der Genossenschafts- bewegung ist, die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Verbraucher in die eigenen Hände zu nehmen. Das heißt die Konsumgenossen- schaftsbewegung will an die Stelle eines Individualistischen und kapitalistischen, auf Profitstreben beruhenden Produktions für den Markt, die uns heute mit Waren aller Art versorgt, eine gemein- schaftliche Produktionsweise setzen, die Produktion für den eigenen Konsum leben. Man müsse sich auch über den Weg zum Ziele klar machen und über die Mittel, die zur Erreichung dieses Zieles zur Verfügung stehen. Man müsse aber daran fest- halten, daß es sich um eine langfristige Revolution und exponierte Ent- wicklung handelt. Es geht nicht an mit heutiger Hand einzu- greifen. Die sozialistische Revolution ist die Voraussetzung der ge- nossenschaftlichen Betriebswirtschaft. Ferner warf dann noch Kaufmann die Frage der Organisation der Genossenschafts- bewegung in die Diskussion. Er sprach sich für die Zusammenfassung der Genossenschaftsbewegung in die Genossenschafts- bewegung, die die Produktion der Waren- herstellung auf alle Wirtschaftszweige der Organisation nicht nur der Erzeuger, sondern auch der Verarbeiter und der Ver- käufer, sowie die Entwicklung der direkten Bezugs von land- wirtschaftlichen Genossenschaften.

Über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Reiches sprach dann Hugo Wehler. Die Hoffnung, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bessern würden, seien leider nicht in Erfüllung ge- gangen. Der Wirtschaftskreislauf sei durch die Zwangsmaßnahmen und die Folgen des Beschlusses des letzten Genossenschaftstages auf Kollaps der Zwangsmaßnahmen. Es sei notwendig ein Anstoß darüber zu- nehmen, ob diese Maßnahmen auf Kollaps der Wirtschaftlichkeit von Volk, Arbeit und Wirtschaft notwendig und richtig gewesen sei. Der Gang der Entwicklung habe gezeigt, daß man mit dem Ver- such, das Wirtschaftsgeschehen durch den Weg der Zwangs- maßnahmen zu steuern, nicht auszukommen sei und nach normale Verhält- nisse einzustellen. Es habe sich nunmehr auch notwendig gemacht, die Wirtschaft der Zwangsmaßnahmen zu verlassen, denn es sei Tatsache, daß die große Produktion dem früheren Verbrauch un- genügend gleichsam überflüssig sei. Jeder als Hausbesitzer zu un- erhörten Wunderspreisen zu haben. Jeder Arbeiter sei aber kein Haus- besitzer sondern Auslandskäufer. Letzteres begründete im weiteren eine diesbezügliche Entschädigung und plädierte um deren einstim- mige Annahme.

In der anschließenden Diskussion führte Kurt Selig, der Leiter der Tagung, die Delegierten aus, daß die heutige Genossenschafts- bewegung keine proletarische Bewegung mehr sei, sondern vollständig mit bürgerlicher Ideologie durchdringt. Jeder kapitalistische, bürger- liche Standpunkt sei ein Hindernis für die Arbeiterbewegung. Ferner machte er geltend, daß die Genossenschaftsbewegung in Deutschland nur ein Zwischenschritt zum Zweck der ge- nossenschaftlichen Wirtschaft sein könne.

Weiter sprach man darauf hin, daß man mit bestimmten Ideen nicht vorwärts kommen könne. Ferner verlangte, daß nach Auf- hebung der Zwangsmaßnahmen nach staatliche Kontrolle über Ein- und Ausfuhr bestehen muß.

In seinem Schlußwort führte auch Wehler die geplante Er- klärung der Reichsregierung. Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse dürften innerhalb unter die Kontrolle fallen. Der Vorstand würde sich bemühen, diesen Standpunkt durchzuführen.

Kaufmann betonte in seinem Schlußwort, daß der Vorstand immer noch die alten genossenschaftlichen Ziele verfolge, die auch die sozialistischen Ziele seien. Es dürfe aber nicht dahin kommen, daß

und dann kamen noch die Kaffeehändler herzu, die sich un- zwischen mit Öl angepöbeln hatten. Der Minister: Lieben Sie Kaffeehändler!

Als die Situation begriff, schloß er sich verächtlich, sie daran zu erinnern, daß er zuerst bei den Reichsbauern Quartier nehmen wollte, jedoch abgewiesen worden war, er fürchtete aber dadurch die Eltern Kaffeehändler zu beleidigen und er gab deshalb halt dessen auf, daß er die Kaffeehändler nicht für Weisener gehalten habe. Er redete den alten Kaffeehändler freundlich an, nannte ihn Signor Kaffeehändler, mit italienischer Betonung, und ließ belustigt den alten Mann bemerken, daß er darüber hell eine Stunde lang immer wieder lachte. Sein Herz leide dem lachigen, jungen Tölpel gegenüber auf, er verpöhl ein wenig seinen Döbby, und nachdem die Kinder schlafen gegangen, erzählt er ziemlich offener aus seinem Berg- mannsladen.

Einmal heute er glückten, als würde der alte Kaffeehändler hoch hinauf kommen. Er war in der San Jo's-Grube Kaffeehändler ge- wesen, doch hatte er die Stellung aufgegeben, weil er fand, daß seine Kräfte die Ausführung der ihm kritischen Besuche nicht ge- statte. Man erwartete dort von ihm, daß er, wie viel auch immer die Kaffeehändler heranzögen, niemals mehr als ein gewisses Ge- wicht Kohle entzöge. Da Kaffeehändler er vorzag, diese Stelle aufzu- geben, hat dem Reich nicht nachkommen, mußte er die Grube ver- lassen, weil ja jedermann wußte, weshalb er nicht länger Weg- weiser hätte sein wollen, und seine Kräfte waren genügt, um die allgemeine Unzufriedenheit am Leben zu erhalten.

„Geben Sie, daß es gar keine christlichen Geschäften gibt?“

— fragte Dal.  
Der alte Mann erwiderte: „Es gibt schon einige, doch ist richtig sehr gut nicht so leicht, wie Sie meinen. Die Geschäfte müssen mit dem gleichen Verstand arbeiten, wiegt die eine Seite. Sie müssen die anderen dem Verstand folgen. Dies ist eine Art, die Jahre herabzuführen, ohne daß es von den Arbeitern bemerkt wird. Es gibt ja überall Leute die auf ihren Profit bedacht sind.“ Und Dal mußte an den alten Peter Hartigan denken, der die Ver- lung der allgemeinen Schenkungs-Gesellschaft in der Hand hielt und der einmal gesagt hatte: „Ich bin ein großer Liebhaber von Kaffeehändlern.“ (Fortsetzung folgt.)

mit Hilfe der russischen Rubel Unkraut in den deutschen Weizen ge- sät werde. Trotz aller Cuertelbesetze gehöre den Konsumgenossen- schaften die Zukunft.

Gegen 6 Stimmen wurde darauf der Antrag auf Aufhebung der Zwangsmaßnahmen ab 1. Oktober angenommen.

Am 3. Verhandlungstage nahm der Genossenschaftstag ein Be- richt vor Heinrich Kaufmann-Hamburg über: Internationale genossenschaftliche Angelegenheiten entzogen. Er berichtete, daß die Ge- nossenschaftsbewegung in allen Ländern im Wachstums begriffen sei. Es ist in Indien und argentinischen Ländern Konsumgenossen- schaften gegründet worden. Man wolle also behaupten, daß der Ge- nossenschaftsbewegung über den ganzen Erdball verbreitet sei. Auch der Gedanke der Zwangsmaßnahmen marchierte, in 36 Län- dern bestanden 25 G. u. G. Konzepte sei, daß der Konsumgenossen- schaftsbewegung nicht nur in die Breite, sondern vor allem Längen in die Tiefe gehe, daß also für eine gute genossenschaftliche Bildung und Schulung gesorgt werde. Zum Schluß seiner Rede betonte Kaufmann, daß für die Volk- und Weltwirtschaft die Mitwirkung der Genossenschaften unumgänglich notwendig sei. Diesem wichtigen Wirtschaftsfaktor müßte aber Unabhängigkeit und demokratische Selbstverwaltung gegeben sein. U. machte noch die Mitteilung, daß die Gründung einer reinen kommunistischen Ge- nossenschaftsinternationale geplant sein.

In der Debatte gab Schmalbach als Redner der kommunisti- schen Fraktion der Meinung Ausdruck, daß bei genossenschaftlichen Fragen die Politik nicht ausgeklammert werden könne. Der Rückgang der russischen Produktion sei eine Folgerwirkung des Krieges. Er sprach sich für die Einsetzung einer Studienkommission nach Rußland.

Erstling-Hamburg sprach sodann die genossenschaftliche Fleischverarbeitung. Er ist der Überzeugung, daß die Fleischver- arbeitung nach auf Jahre hinaus gebrannt sein wird. Deshalb müßte die Fleischverarbeitung, wie sie in Hamburg, Bielefeld und einigen anderen Städten organisiert sei, durchgeführt werden. Fleisch richtig behandelt, stehe an Wärdem Fleischfleisch nicht nach.

Über die Neutralität der Konsumgenossenschaftsbewegung referierte August Roth-Hamburg. Er unterstrich die auf dem Ge- nossenschaftstag in Eisenach im Jahre 1908 abgegebene Erklärung, daß das Ziel der Neutralität deutscher Konsumvereine die wirtschaftliche Rettung und Ordnung der materiellen Lage seiner Mitglieder sei unter Beachtung seiner Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber allen politischen Überzeugungen und religiösen Be- zugsbeziehungen der einzelnen. Bei Nichtbeachtung dieser Grundsätze sei die Genossenschaftsbewegung in Frage gestellt. Roth hob mit Nachdruck hervor, daß die Genossenschaften ein laizelles Gut seien und daß man sie nicht mitwillig von denen verschlagen lasse, die erst seit einiger Zeit ihre Nase in die Genossenschaftsbewegung hineingesteckt hätten. Die Konsumgenossenschaften hätten Raum für alle, die sich genossenschaftlichen Zielen und Wegen unter- ordneten.

Nach einer Auseinandersetzung, an der sich Fleißner-Dresden, Reuterlein-Einstadt und Erstling-Jena beteiligten, wurde mit überwiegender Mehrheit ein Antrag Reuterlein-Einstadt angenom- men, der besagt: Der 18. ordentliche Genossenschaftstag beauftragt auf neue die bisher abgeordneten Entschlüsse über den letz- ten Vertreter Grundlag der Arbeiterpartei politischer Neu- tralität als wichtige Voraussetzung für die weitere Entwick- lung einer nach allen Richtungen unabhängigen und selbständigen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung mit dem Ziel gemeinsamer, genossenschaftlicher Produktionswirtschaft. Er fordert die Ver- handlungsvorbereitung auf diesem Grundlag wiederlaufende Be- handlungen innerhalb der Bewegung entgegenzutreten.

Den Bericht über die Tätigkeit der Fortbildungskommission er- stattete Paul Hofmann-Hamburg. Nach einem Beschluß des vor- jährigen Fortbildung Genossenschaftstages wurde eine Genossen- schaftsschule in Hamburg errichtet. Ferner bietet im Interesse der ungeklärten Fortführung und des weitesten Ausbaues der Unter- richts- und Fortbildungstätigkeit um außerordentliche Zureichungen.

Zunach gab Heinrich Kaufmann den Bericht der Pension-Kasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Es wird hierauf- einigung eine Entschädigung angenommen, daß es für geboten er- achtet wird, daß alle genossenschaftlichen Organisationen ihren Mit- gliedern und deren Hinterbliebenen aus Vereinsmitteln ent- sprechende Zuschüsse gewähren, um sie nach Möglichkeit vor der bitteren Not zu bewahren. Daneben laufen die Pensionen aus der Pension-Kasse.

Nach Vorlegung der Jahresrechnung durch Wehler-Hamburg wird dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Bei den darauf vorgenommenen Wahlen werden die alten Mit- glieder des Vorstandes, des Ausschusses, des Kassamittels und der Fortbildungskommission einstimmig wiedergewählt. Damit waren die Arbeiten des 18. Genossenschaftstages erledigt.

Volkswirtschaftliches.

Schiffbau deutscher Reder in Norwegen. Nach einer Mitteil- ung aus Bergen hält sich dort ein Vertreter Hamburger Redereien auf, der Schiffe anlaufen will, die sich für die Nord- und Ostseefahrt eignen. Es ist bereits ein Dampfer angekauft, der in Stavanger beheimatet ist. Ferner sollen auch verschiedene Segler für deutsche Redereien erworben sein. Bekanntlich liegen in verschiedenen Hafen Norwegens eine ganze Anzahl Schiffe wegen Frachtmangels bereits längere Zeit auf.

Das französische Kapital in der polnischen Industrie. Die großen französischen Unternehmungen in Polen werden größtenteils vom Credit Foncier finanziert. Die Mehrzahl der Textilfabriken in Lodz wie auch im Kreis von Sosnowice befindet sich in fran- zösischen Händen. Von den 100 000 Wollspinnspindeln sind 130 000 französisch: die größte Wollspinnerei, gleichzeitig die größte in ganz Polen, gehört der Firma Kart, Rouffau & Co. Die Textil- industrie im Sosnowicer Revier ist verhältnismäßig jung; die französischen und englischen Unternehmungen, die hier gleichzeitig mit deutschen gegründet wurden, sind Filialen Pariser und Lon- doner Firmen. Vor dem Kriege liefen in diesem Revier unge- fähr 20 000 Spindeln, d. h. 60 Prozent aller Spindeln in Polen.

Zur Redung der Wäldern plant die polnische Regierung die Aus- fuhr von hartem Bauholz in großen Mengen aus Sommeren nach dem Auslande gegen Bezahlung in fremder Währung.

Die Schiffbauern der Hamburg-Amerika-Linie. Die Londoner Wälder aus Rußland melden, erstärte Generaldirektor Guno von der Hamburg-Amerika-Linie vor der Admiralität nach Hamburg, daß der 1.26 mit der Hartmann-Schiffbau-Gesellschaft geschlossene Ver- trag für einen gemeinsamen Dienst auf den vor dem Krieg von der Hamburg-Amerika-Linie betriebenen Wäldern festlegenden arbei- te, und daß beide Parteien beabsichtigen, den gemeinsamen Betrieb fortzusetzen. Guno erklärte weiter, daß die Hamburg-Amerika-Linie binnen fünf Jahren etwa ein Drittel ihrer Vorflottens wieder erbauen werde. Er werde größtenteils auf modernen Frachtdampfern von 8-12 000 Tonnen bestehen. Einige dieser Schiffe würden mit Einrichtungen zur Aufnahme einer kleinen Anzahl von Passagieren versehen werden. Ferner würden zwei Schiffe von 25 000 Tonnen für den trans- atlantischen Passagierverkehr gebaut werden, die 1924 fertiggestellt sein werden.

Auskunftsbeschränkung und Tilgung von Strafvermerken.

Der Senat hat dem Hofrat einen Gesetzentwurf über eine Beschränkung der Auskunftserteilung aus dem Strafregister und zur Tilgung von Strafvermerken vorgelegt.

Die Tilgung eines Vermerks im Strafregister darf bei mehreren Verurteilungen einer Person erst erfolgen, wenn für alle Verurteilungen die Voraussetzungen der Tilgung vorliegen.

Diese Vorschriften gelten entsprechend für die Auskunftserteilung aus den polizeilichen Listen. Bei der Ausstellung polizeilicher Führungszeugnisse bleiben Verurteilungen, die der beschränkten Auskunftserteilung unterliegen, außer Betracht.

Die Frist nach deren Ablauf beschränkt Auskunftserteilung ist, beträgt: 1. fünf Jahre, wenn auf Verweis oder auf Geldstrafe bis zu 5000 Mk. oder auf Freiheitsstrafe von höchstens drei Monaten, allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen erkannt worden ist.

Die Frist nach deren Ablauf beschränkt Auskunftserteilung ist, beträgt: 1. fünf Jahre, wenn auf Verweis oder auf Geldstrafe bis zu 5000 Mk. oder auf Freiheitsstrafe von höchstens drei Monaten, allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen erkannt worden ist.

Die Frist nach deren Ablauf ein Strafvermerk zu tilgen ist, beträgt: 1. fünf Jahre, wenn auf Verweis oder auf Geldstrafe bis zu 500 Mk. oder auf Haft oder auf Zwangsarbeit oder Festungshaft von höchstens einer Woche allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen, erkannt worden ist.

Der Senat kann in Fällen, in denen die Voraussetzungen der beschränkten Auskunftserteilung oder der Tilgung nicht vorliegen, diese Maßnahmen anordnen, wenn dadurch staatliche Interessen nicht gefährdet werden.

Vermerke über Verurteilungen im Ausland sind im Sinne dieses Gesetzes Vermerken über Verurteilungen im Inland gleichzuachten.

Das Gesetz soll mit dem 1. Januar 1922 in Kraft treten. Bei Verurteilungen, die schon vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in das Strafregister aufgenommen worden sind, berechnen sich die Fristen so, wie wenn das Gesetz schon zur Zeit der Aufnahme des Vermerks in das Register in Kraft gewesen wäre.

Bildnisausstellungen.

Das Kunstheim R. u. G. Twardy (Jah. Wit Sternberg) in Langfuhr, das sich seit je mit besonderem Eifer für die zeitgenössische Kunst eingesetzt hat, bot in den letzten Tagen zwei Sonderausstellungen, die durch das Wertvolle ihres Darbietens erhöhtes Interesse in Anspruch nehmen.

Leider nur wenige Tage sah man die Graphit der Düsseldorferin Gertrud Kilm. Das war sehr bedauerlich, denn unter den etwa zwanzig Stücken, die zur Ausstellung gelangten, waren ein paar von außerordentlicher Wucht. Wer nicht weiß, daß diese Kunst von einer Frau kommt, hält es einfach nicht für möglich.

Umschlag beginnt mit dem Tage, an dem die Sitzung anberaumt worden ist.

Die Kunst der deutschen Waren aus dem Ausland.

In den letzten Tagen haben sich wiederholt Gerüchte über die Beschränkung der Auskunftserteilung aus dem Strafregister und zur Tilgung von Strafvermerken vorgelegt.

Die Tilgung eines Vermerks im Strafregister darf bei mehreren Verurteilungen einer Person erst erfolgen, wenn für alle Verurteilungen die Voraussetzungen der Tilgung vorliegen.

Die Tilgung eines Vermerks im Strafregister darf bei mehreren Verurteilungen einer Person erst erfolgen, wenn für alle Verurteilungen die Voraussetzungen der Tilgung vorliegen.

Die Tilgung eines Vermerks im Strafregister darf bei mehreren Verurteilungen einer Person erst erfolgen, wenn für alle Verurteilungen die Voraussetzungen der Tilgung vorliegen.

Die Tilgung eines Vermerks im Strafregister darf bei mehreren Verurteilungen einer Person erst erfolgen, wenn für alle Verurteilungen die Voraussetzungen der Tilgung vorliegen.

Aus Pommerellen.

Deutschfeindliche Pogrome in Bromberg.

Zerstörung der sozialdemokratischen Volkszeitung. Die von den polnischen katolischen Zeitungen in Bromberg seit Monaten getriebene Deutschenhetze hat an den letzten Tagen der vergangenen Woche zu wüsten Ausschreitungen geführt.

Die von den polnischen katolischen Zeitungen in Bromberg seit Monaten getriebene Deutschenhetze hat an den letzten Tagen der vergangenen Woche zu wüsten Ausschreitungen geführt.

Die von den polnischen katolischen Zeitungen in Bromberg seit Monaten getriebene Deutschenhetze hat an den letzten Tagen der vergangenen Woche zu wüsten Ausschreitungen geführt.

Vom Bürgerlesen.

Bürgerlesen ist eine eigene Sache. Es kommt nicht darauf an, wieviel wir lesen. Und auch bei dem, was wir lesen, kommt es sehr auf das Wie an.

Die Tilgung eines Vermerks im Strafregister darf bei mehreren Verurteilungen einer Person erst erfolgen, wenn für alle Verurteilungen die Voraussetzungen der Tilgung vorliegen.

Die Tilgung eines Vermerks im Strafregister darf bei mehreren Verurteilungen einer Person erst erfolgen, wenn für alle Verurteilungen die Voraussetzungen der Tilgung vorliegen.

Verammlungs-Anzeiger.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Danzig, Gesellschaftsplatz 1-2, Telefon 1804. Bezirksversammlungen: Neufahrwasser: Donnerstag, 28. Juni, nachm. 7 Uhr, bei Dengler.

Seutiger Devisenstand in Danzig. Devisen Mark: (Kursl. 4,65) 4,80-85 am Vortage 5,-. Dollar: 68 1/2. Engl. Pfund: 262. Französ. Franks: 5,65. Schwed. Franks: 11,90.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher.

Table with 4 columns: Cigarette brand, Quantity, Price, and Total. Includes brands like Jumbo, Borchow, Pica, Thorn, Jordan, Kalm, Gumb, Auerbach, and Montaurer Spitze.

von geringerer Bildung. Gerade unter ihnen finden wir solche, die tiefer waren als der Durchschnitt des belebten modernen Europas. Denn damals pflegte man über das nachzudenken, was man las.

# Vermischtes.

## Die Zeitlupe im Schiffsbau.

Zur Erläuterung der in letzter Zeit öfters gezeigten Zeitlupe-Filme ist folgendes mitgeteilt:  
Der kinematographische Aufnahmeapparat photographiert 16 Filmbilder, jedes in 1/9 Sekunde Höhe, in der Sekunde; er zerlegt also die in einer Sekunde ausgeführte Bewegung in 16 Uhalen, und der Wichtbildapparat gibt diese 16 Bilder auch in einer Sekunde auf der Leinwand wieder. Aufnahme- und Wiedergabesysteme stimmen also genau überein und das Auge sieht daher auf der Leinwand alle Bewegungen so, wie sie in Wirklichkeit vor sich gehen. Reizend sind jedoch Hochfrequenzapparate für Filmaufnahmen konstruiert, die statt 16 Filmbildern in der Sekunde deren 500 und mehr aufnehmen. Hierdurch wird also die in einer Sekunde ausgeführte Bewegung in 500 statt in 16 Uhalen zerlegt. Ein Hochsprung also, der in einer Sekunde ausgeführt wird, wird durch den Hochfrequenz-Aufnahmeapparat gewissermaßen in unter die Lupe genommen, daß er in 500 einzelne Bewegungen zerlegt und aufgenommen wird. Dabei das Wort Zeitlupe. Nun ist aber der Wiedergabe-Apparat für ein Wiedergabesystem von nur 16 Bildern in der Sekunde gebaut und bleibt auch so bestehen. Die Zeitlupeaufnahme von 500-Bildern braucht also zur Wiedergabe 500 : 16 = 31 Sekunden. Man kann sich veranschaulichen ein Bild machen, wie ein Hochsprung bis in die höchsten Uhalen zerlegt in 51 Sekunden auf der Leinwand ausfallen würde, so dessen Ausprägung aber nur eine einzige Sekunde gebraucht würde. Hier übertragen die Bildleinwand über den Uhalen. Ebenso werden in der Schiffsbau der Hochfrequenz für Uhalen andere Uhalen, z. B. Wiedergabe, der Bau, die Uhalen, die Uhalenbehandlung im Bauhallenbau ufm. in ihre Einzelheiten zerlegt und verlangsamt vorgeführt. In dem Film „Das Wunder des Schneehubs“ werden Sprünge auf Schneehüben und Stöße durch in natürlicher Tempo gezeigt und dann durch die Zeitlupe wiederholt.

Verfälscht mit Hochfrequenz in der Höhe. Hochfrequenz und ähnliche Erfindungen haben sich als ein wertvolles Hilfsmittel der naturgeschichtlichen Forschung bewährt. Neureisende sind Erfindungen auch von Dr. R. Brückmann, so meidet der „Prometheus“, zur Erörterung des warmen Oberflächensystems an der südlichen und nördlichen Höhe der Erde benutzt worden. Verwendung fanden mit dem Hochfrequenz-Verfahren, deren Rasten mit vierstimmigen Leitungsgeräten wurden. Insgesamt wurden an 10 Stellen

zwischen Kolberg und Rügen 114 Stellen ausgelegt, ferner 2 Stellen an der Südspitze der Rügen. 52 Stellen wurden im Herbst 1912, 64 Stellen im Frühjahr 1913 etwa 1 bis 2 Kilometer von der Küste entfernt in See geworfen. Wieder aufgehoben wurden insgesamt 66 Stück oder 67 Progen. Als Durchschnittsgeschwindigkeit ergab sich für die Flaschen der Geschwindigkeit von 3,5 Metersekunden, für die der Frühlingspost 3,1 Metersekunden, während die höchste beobachtete Geschwindigkeit 6,4 Metersekunden betrug. 3 Flaschen legten den 490 bis 460 Kilometer langen Weg bis zur Insel Ostel zurück und waren 33 bis 36 Tage unterwegs, eine andere Flasche brauchte sogar 115 Tage um die 500 Kilometer lange Strecke bis Aurand zu durchschwimmen. Die berechneten Geschwindigkeiten liefern keinen Maßstab für die Stärke der Strömung. Die Flaschen wurden in andere Strömungen verschlagen oder durch Fischernetze festgehalten worden, auch längere Zeit unentdeckt am Grunde liegen oder selbst monatelang im Meer treiben, ohne zu landen. Trotzdem haben die Flaschenposten genügend Material für die Erforschung der Strömungsverhältnisse erbracht. Die Wasserströmungen fließen, den herrschenden Winden folgend, nach Osten, und werden nur vorübergehend durch stark Winde aus entgegengelegter Richtung aufgehalten und aus ihrer Bahn gedrängt, so daß man mit Recht von einem festländischen Raststrom sprechen kann, der demnach an der Küste anlangt.

Die Geburt eines Sternes. Die riesige dunkle Stoffe im Weltall, die durch die Wirkung der Schwerkraft zu einem Stern zusammengefallen sind, wie wir berichteten, von dem holländischen Astronomen van Maanen nachgewiesen wurde, beschäftigt weiter die Forscher, und ein englischer Astronom berichtet die Ansicht, daß es sich dabei um die Entstehung eines neuen Sternes handelt. Er glaubt, daß der dunkle Körper aus Staub besteht und daß erste Stadium in der Geburt eines Sternes besteht. Ein astronomischer, sagt er, sei die Höhe des Abperks. Er sei durchaus möglich, daß auch noch größere Körper dieser Art existieren, aber für die weitere Erforschung sind neue Apparate notwendig. Die „Höhe“ ist übrigens sehr relativ, denn nach den Schätzungen Harrowell ist der Körper 200 000 000 000 000 Meilen entfernt und die Sonne soll sich in zwei Millionen Jahren um ihn herumdrücken, natürlich mit ihrem ganzen System, auch unserer Erde.

Ein königliches Geschenk. In Dresden gibt es einen Verein zur Auszeichnung würdiger Dienstboten, der, wie er ausdrücklich hervorhebt, „unter dem Schutze Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Mathilde, Herzogin von Sachsen“, steht. Dieser Verein gab

jetzt seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1920 heraus, in dem der Vorstand, dem fünf Pastoren und drei Generalmajore angehören, voller Deotion sagt:  
„In dem ehrsüchtigen Dank sprechen wir auch Ihrer königlichen Hoheit Prinzessin Mathilde, Herzogin von Sachsen aus, die trotz der zeitweiligen Niederlegung des Protektorats dem Verein auch in diesem Jahre ihre Wohlwollen unverändert erhalten hat.“  
Dann erscheint der Name dieser Dame noch einmal im Jahresbericht. Da steht als Einnahme verzeichnet: Beitrag Ihrer königlichen Hoheit Prinzessin Mathilde . . . 10 Mark.  
„Hein, lieber Vater, es ist kein Druckfehler, Ihre königliche Hoheit Prinzessin Mathilde, Herzogin von Sachsen, spendete wirklich für die Auszeichnung würdiger Dienstboten zehn Mark! In das nicht ein wahrhaft „königliches“ Geschenk, das den „ehrsüchtigen“ Dank erheischt!“

Die Wissenschaft kennt keine Grenzlinie. Montag hielt Professor Einstein in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saale des Londoner Kings College in deutscher Sprache seinen Vortrag über die Relativitätstheorie. Bei seinem Erscheinen erhob sich ein großer Beifallssturm, der sich noch steigerte, als Lord Balfour in seiner Einleitungsrede Einstein als ein Genie des 20. Jahrhunderts bezeichnete und erklärte, die Wissenschaft kenne keine Grenzlinie. Nach der Vorlesung Einstein wurde ihm von der Zuhörerschaft eine köstliche Abendmahlzeit dargebracht. Bei dem am Abend veranstalteten Essen zu Ehren Einsteins begrüßte Ernest Barker den deutschen Besucher, der als Gast aus einem Lande kam, das bis vor kurzem der Feind Englands gewesen sei. Er helfe die geschnittenen Fäden des internationalen Bandes wieder zusammenfügen. Barker erklärte in deutscher Sprache, daß die wieder aufgenommenen Beziehungen eine gerade Linie zeigen, die stets bleiben werde, nämlich die gerade Linie des Rechts und der Gerechtigkeit. Er sei überzeugt, daß die Parallele des englischen und deutschen Gedankens, trotz der Jahre der Rasphematie, die beiden Nationen in Freundschaft miteinander und mit den anderen Nationen der Welt zusammenbringen werde. Einstein erwiderte, er sei außerordentlich erfreut, daß sein Besuch unmittelbar eine gute Wirkung auf die internationalen Beziehungen ausüben werde.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Wolke, für den Danziger Nachrichten- und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Ostba. Druck und Verlag von J. Gohl u. Co., Danzig.

## Neues Operetten-Theater

Dir.: Paul Benemann.  
Heute und folgende Tage  
Anfang 7.30 Uhr Anfang  
Großer internationaler  
**Ringer-Wettstreit**  
um den großen Preis von Danzig im Betrage von 10000 Mark in bar.  
Monte Dienstag (21. Tag) ringen:  
Langner gegen Hummel  
Stalling gegen Siegfried  
Entscheidungskampf:  
Paradowski gegen Schmitz  
Vor den Ringkämpfen das glänzende  
**Varieté-Programm!**  
Vorverkauf im Deumehaus, Langgasse.  
Kassenschließung 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Libelle**  
Musik, Gesang, Tanz.

## Gedania-Theater

Schlesienstrasse 58/59  
Nur noch bis einschl. Donnerstag!  
**„Heisser Kampf“**  
Dramatische Film in 4 Akten von Alexander Altan.  
Detektiv Frank Brown — Alwin Neuss.  
Aufgenommen in Zoppot und Adlershort.  
**„Irrwahn“**  
Die comique Revue-Drama in 3 Akten. (15-17)  
in der Hauptrolle: Käthe Hank.  
**„Vally's Pech“** Lampion in 3 Akten.

## Intern. Artist.-V. rb. v. 1891

„Bücher der Gold“  
Sektion 2. Danzig.  
**Café Bischofshöhe**  
Bischofshöhe 22.  
(5 Minuten vom Pöhl-Präsidenten entfernt)  
**Mittwoch, den 22. Juni 1921,**  
von nachmittags 3 Uhr ab  
zum 15-jähr. Bestehen d. Sektion Danzig  
für die Unterstütskassen  
**Gr. Johannis-, Kinderfreuden-,  
und Familien-Fest.**

Dr. Gartenkonzert verbunden mit Belustigungen für die Damen. Gr. Uebersicht zum Festplatz. Wettlaufen, Spiel, Tanz für Kinder mit Nebenprogrammen. Ausstellungen eines Luftballons, eines  
**Onkel Dinse kommt!**  
Nachmittags und abends  
Große Cabaret- und Zauber-Vorstellungen.  
Sommerfest-Ball, Feuerwerk, Tombola, Schenkungen, Preisverteilung.  
Zu recht zahlreichen Erscheinen ladet alle Freunde und Gönner freundlichst ein  
Das Festkomitee.  
Eintritt: Erwachsene 3 M., Kinder 1 M. (einschl. Steuer)  
Vorverkauf Deumehaus.



insbesondere  
**HALPAUS RARITÄT**  
die unübertroffenen Qualitäts-Cigaretten  
von nun ab überall  
wieder erhältlich

**Robert Ehmann**  
Altstadtschneider Graben 3  
neben der Tabakfabrik M. A. Hasea.  
**Bestreifte Hosen 45.**  
Erfolg für Maßarbeit. 98, 65 bis  
**Herren-Stoffe**  
für Anzüge und Paletots 58.  
garantiert reine Wolle, 140 cm breit

Probieren Sie einen garantiert  
handg. . . . .  
**Kentucky-Schnupftabak**  
Tabakhörner u. -Dosen  
Größtes Lager am Platz.  
**A. Rotha, Am Stein 13.**  
Probieren Sie einen garantiert  
handg. . . . .  
**Kleine Anzeigen**  
in unserer Zeitung sind  
billig und erfolgreich.

## DIE GLOCKE

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK /  
FINANZ / WIRTSCHAFT U. KULTUR  
Herausgeber: PARVUS  
Die „Glocke“ will die Durchführung des  
Ultimatums im Zeichen des Sozialismus  
Die „Glocke“  
ist das führende Organ bei der Erörterung  
der Wiedergutmachungs- und  
Wiederaufbaufragen  
Die „Glocke“  
ist maßgebend bei der Diskussion des  
Kulturlebens der sich im demokratischen  
und sozialistischen Geist  
erneuernden Zeit  
Die „Glocke“  
muß von jedem Sozialisten gelesen werden  
Mitarbeiter der letzten Hefts:  
Konrad Haenisch, Paul Hirsch, Hermann  
Lüdemann, Professor Radbruch, Philipp  
Scheidemann, Paul Löbe, Heinrich Schulz,  
Karl Bröger, Otto Wels, Max Quarc,  
Hermann Wendel, Max Schippel, Jacob  
Altmeyer, Robert Grötsch  
Einzelheft Mark 1,50  
Vierteljährliches Abonnement Mark 15,—  
Zu beziehen durch:  
**Buchhandlung Volkswacht**  
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

## Geschlechtskranke

Jeder Art (Harnröhrenleiden, frisch und spez. vor-  
altet, Syphilis, Manneschwäche, Weisfluß), wenden  
sich vertrauensvoll an Dr. Dammann's Heilanstalt,  
Berlin R 508, Potsdamerstr. 123 B. Sprechstunden  
9-11 und 2-4, Sonntags 10-11. Belehrende  
Broschüre mit zahlr. freiwilligen Dankschreiben  
u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quecksilber  
und andere Gifte, ohne Einspritzung, ohne Berufs-  
störung) gegen M. 2.— diskret in verschlossenem  
Kuvert ohne Absender. Leiden genau angeben.



**Fahrräder**  
Dreiräder, Wanderer,  
Körbchen u. and. nur erstkl.  
Orig. Maschinen in bester  
Ausfert. u. groß. Auswahl.  
Mantel und Schläuche,  
Continental, Goethalia,  
Saxburg, Wien, Gut-  
schinken usw. zu namend-  
billigen Preisen.  
Reparatur- und Ersatzteile,  
Ketten, Fed., Lenker usw.  
Reparaturen zu  
sachgemäß, schnell u. billig.  
Gustav Ehms,  
Fahrradgroßhandlung,  
nur 1 Damm 22-23  
Ecke Breitengasse, 14473

1 Ander.  
**Auszieh-Bettgestell**  
billig zu verkauf. Schubert,  
Balkon Ochs 311 (†)

Johannisstraße 28.  
Räumungshalber Hand-  
wagenräder u. 5 Mk. an.  
Ander. Altpapier,  
Matrassen, Puppen,  
Spielzeug. (4548)  
**Alteisen  
Metalle  
Lumpen  
Papier  
Flaschen**  
verkauft man immer  
bestens  
**Ankerschmiedeg. 2.**  
Um Irrtümer zu ver-  
meiden bitte Aufträge zur  
Abholung nur dortselbst  
aufzugeben. (4047)